

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 16. Oktober 1931 Nummer 170

Wichtige Anklagerede des Genossen Remmele:

Gegen Brüning, Wels, Hitler!

Proletarische Abrechnung im Reichstag / Die SPD unterstützt auch die zweite Brüning-Croener-Diktaturregierung / Schafft die rote Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus!

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Im Reichstag begann heute die Generaldebatte über die Regierungserklärung, mit der die Mißtrauensanträge der Kommunisten und rund 150 weitere Anträge zur Notverordnung etc. verbunden sind. Das Reichstagsgebäude ist wieder mit starken Polizeikräften besetzt und die weite Umgebung abgesperrt. Die Tribünen sind voll besetzt.

Als erster spricht für die Sozialdemokratie Abg. Breitheid. Wie zu erwarten, erklärte er die Bereitschaft der SPD auch das zweite Brüning-Kabinett zu stützen und die Mißtrauensanträge gegen die Regierung abzulehnen. Der Sprecher der sozialdemokratischen Partei findet keine Worte für die ungeheure Not des werktätigen Volkes, kein Wort über die Schädigung der Verfassung durch die Notverordnungen. Er verurteilt die Politik Brünings wärmer als es Brüning gestern selbst tat.

Für die Nationalsozialisten spricht Dr. Frick. Von den Kommunisten mit dem Jurost empfangen: „Erfüllungsmiñister Frick“, was der von ihm erteilten Erklärung ist interessant, daß er die Bereitschaft der NSDAP zur Verständigung mit Frankreich erklärt. Dr. Frick und die gesamte nationalsozialistische Fraktion betonen sich im übrigen sehr sehr, man spürt den immer stärkeren Drang zur Legalität und der Futterstückenpolitik.

Den Mittelpunkt der heutigen Tagung bildet die grohdanglegte wichtige Anklagerede unseres

Genosse Remmele

Die kommunistische Reichstagsfraktion legt im Namen der kommunistischen Partei und des revolutionären Proletariats dem zweiten Kabinett Brüning den schärfsten Kampf an. (Wort des Genossen Remmele.) Wenn das erste Kabinett Brüning 16 Monate bestanden hat, so ist heute schon klar, daß das zweite Kabinett Brüning nicht so eine lange Lebensdauer haben wird. Das erste Kabinett Brüning war die Regierung zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur, das zweite Kabinett Brüning aber wird die unmittelbare Vorstufe für die faschistische Diktatur in Deutschland sein.

Wir haben gestern und heute sozulegen schon drei Ministerreden gehört, zunächst die Rede eines Ministers, der augenblicklich praktisch noch Minister ist, wie lange noch, weiß er selbst nicht, zweitens die Rede eines Ministerkandidaten, der bisher immer Ministerkandidat gewesen ist und wahrscheinlich die Gelegenheit verpaßt hat, nämlich des Herrn Breitheid (Heiterkeit und Ruhe bei den Komm. „Sehr gut!“), drittens die Rede des Herrn Frick, der der kommende Minister werden will. Außer der allgemeinen Schaumblase einiger Gegensätzlichkeiten waren alle drei Ministerreden auf denselben Ton abgestimmt: Den Kampf gegen den Bolschewismus, gegen den Kommunismus u. s. w. Der ganze Streit geht nur um die Frage, wer das besser fertig bringt.

Herr Brüning stellte den bewährten Wirtschaftsführer vor. Es ist ausgerechnet einer derjenigen, die in ihren eigenen Betrieben bereits Bankrott gemacht haben (Sehr richtig h. d. Komm.) Sie sollen jetzt auch noch das Staatsgeschäft vollkommen kaputt machen. Das sind die Wirtschaftsführer von denen das ganze deutsche Volk weiß, daß es aus dem Elend keinen Ausweg geben wird, solange diese Wirtschaftsführer nicht in den Gewässern liegen werden. Es sind die Wirtschaftsführer, die Deutschland an den Rand des Bankrottes gebracht haben, die die ungeheuerliche Politik verhängen, die heute auf Kosten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes in Form einer gigantischen Ausplünderung durchgeführt wird.

Die andere Seite des Regierungsprogrammes besteht darin, daß die Staatsmacht in die Hand eines Mannes gelegt wird, der sowohl die Reichswacht sowie die Polizei kommandiert. Dieser Rettungsversuch zeigt nicht von einer Stärke der Staatsmacht, sondern lediglich davon, daß sich die Staatsmacht selbst bankrott fühlt. (Sehr wahr! h. d. Komm.)

Herr Croener ist kein unbekanntes Blatt. Er ist der Arbeiterklasse vom Ende der Kriegszeit her wohl bekannt. Seine Aufgabe soll es sein, durch Polizeimacht und Wehrmacht die kommenden Streiks zu unterdrücken. Es handelt sich um eine Fortsetzung der Politik der Willkürherrschaft für die bankrotte Industrie, der Bajonette und Maschinengewehre für das hungernde Volk.

In Dresden hat man einen Führer der Infanterieschule wegen kommunistischer Propaganda verfolgt. Man hat festgestellt, daß die Träger des Rechtsinstrumentes, mit dem die Bour-

geoisie hofft, das Proletariat niederzuwerfen zu können, sich im entscheidenden Augenblick nicht mißbrauchen lassen werden. (Lebhafte Beifall h. d. Komm.)

Im Fernen Osten tobt die Kriegsszenerie. Japan verläßt die Chinesische Eisenbahn, Eigentum Chinas und der Sowjetunion, und die Mandchurie zu belegen. Der Völkerverbund rüht die Leinen Finger. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Der Völkerver-

bund ist das Zentrum für das Niederringen des Weltfriedens. Wir protestieren und erheben erneut die Forderung, Deutschland hat aus dem Völkerverbund auszutreten.

Herr Brüning sprach über die Wirtschaftspolitik. Und ist hier ganz offen geworden. Er entwickelte das Programm, das darauf hinausläuft, in Deutschland den großen Gegensatz zwischen Reich und Arm noch gewaltiger aufzureißen. Seine Wirtschafts-

Streik der Seeleute verschärft!

Polizei befehlt den Internationalen Seemannsklub / 15 Seeleute verhaftet

Mitona, 15. Oktober.

In einer Streikversammlung der Seeleute, die in Mitona tagte, wurde über die Streiklage Bericht gegeben, von dem wir folgendes wiedergeben:

Am 11. Oktober waren in deutschen Häfen 92 Schiffe, in ausländischen Häfen 70 Schiffe an der Aktion beteiligt. Die Zahl ist noch etwas höher, da nicht über alle an der Aktion beteiligten Schiffe Meldungen vorliegen. In Hamburg übernimmt der Einheitsverband für eine große Anzahl Seeleute, die unter Anklage gestellt wurden, die Vertretung ihrer Interessen. Die ISB verpflegt die streikenden Seeleute die von der Polizei von Bord geholt wurden und legt für Quartiere.

In Stettin ist es der Streikleitung gelungen, auf einer Reihe von Schiffen, eine einheitliche Front zusammenzubringen, an der sich unorganisierte, christliche und Mitglieder des reformistischen Verbandes beteiligen. In Rendsburg ist der Dampfer „Anran“ in Streik getreten. Die Hafenarbeiter erklärten sich solidarisch und verweigerten die Bearbeitung des Schiffes. In Lübeck sind acht Schiffe am Streik beteiligt, der Senat hat alle Demonstrationen und Ansammlungen verboten. Von den Weichsel-Hafenarbeitern befinden sich über 300 im Solidaritätsstreik. In Bremerhaven ist der Dampfer „Gotha“ stillgelegt worden. In der Heuerstelle wird nicht mehr vermittelt.

Die Hafenarbeiter von London und Liverpool haben sich mit den streikenden deutschen Seeleuten solidarisch erklärt, die deutschen Schiffe werden nicht bearbeitet. In der Sow-

jetunion liegen sämtliche deutsche Schiffe still. Von Odessa ist der Dampfer „Amant“ ohne Erlaubnis des Hafenaufsehers in See gegangen. An Bord befinden sich nur der Kapitän und die Offiziere.

In Antwerpen streiken die Dampfer „Triton“ und „Arctus“. Es wurde beschlossen, alle deutschen Schiffe zu kappen. In Rotterdam sind 17 Schiffe beteiligt, die Bewohner des Seemannshelms und der Feuerstelle erklärten sich solidarisch. In Kopenhagen hat eine Versammlung der Besatzungen von 10 deutschen Schiffen beschlossen, den Streik aufzunehmen und alle deutschen Schiffe stillzulegen.

Am 12. Oktober wurde der Internationale Seemannsklub, Hamburg, Rottebühnenstraße, von einem riesigen Aufgebot der Schönlender-Polizei befehlt. Vier Ueberfallwagen fuhrten vor, alle angrenzenden Straßen wurden von dem Polizeikommando abgesperrt. Die Polizei drang in das Lokal ein, das um diese Zeit gerade voll besetzt ist, weil sehr viele Seeleute dort ihr Mittagessen einnehmen und erklärte sämtliche Anwesende für verhaftet. Etwa 75 Leute wurden zum Stadthaus transportiert. Das ganze Gebäude wurde von oben bis unten durchsucht. Gesunden wurde feststellend nichts. Es handelt sich hier um ein vollkommen überparteiliches Lokal, das vor allem den Hamburger und ausländischen Seeleuten Auswechsellungen bietet will. Die Durchsuchung wurde unter dem Vorwand „einer geheimen Sitzung“ durchgeführt. Während des Abtransportes kam es zu spontanen Kundgebungen der Arbeiter, die sich inzwischen angesammelt hatten.

Hindenburg-Arbeitsgemeinschaft

SPD-Bachem mit Scharfmacher Schmitz (IG-Farben) in einer Front

Die neue Arbeitsgemeinschaft zwischen den Führern der Lohnabbaugewerkschaften und den Unternehmerverbänden wird nun in der Weise gebildet, daß ein Wirtschaftsbeirat gegründet wird. Brüning hat in seiner Regierungserklärung die Schaffung dieses Wirtschaftsbeirates angeordnet. Der Reichspräsident Hindenburg hat nun in einem Brief an Brüning formell diesen

Vorschlag gemacht und sogar erklärt, daß er bei wichtigen Verhandlungspunkten selbst den Vorschlag übernehmen wolle.

Wie verlautet, werden dem Wirtschaftsbeirat u. a. angehören: Geheimrat Schmitz (IG-Farben) und Dr. Paul Silberberg, ferner von den Gewerkschaften Geheimrat Bachem (Arbeiterbank). Diese Herren sollen bereits ihr Einverständnis gegeben haben. Weiter wird verlautet, daß für die laufenden Beratungen an Stelle des Reichspräsidenten und in diesem Auftrag entweder Reichswirtschaftsminister Warndorff oder der Staatssekretär Trendelenburg in Aussicht genommen ist.

In dieser Form wird also die Arbeitsgemeinschaft zwischen Scharfmachern und SPD durchgeführt. Der nächste Plan dieses Wirtschaftsbeirates ist die Durchführung eines allgemeinen Lohnabbaues. Die Unternehmer fordern einen Abbau von 20 bis 25 Prozent.

Da der Angriff der Unternehmer schon in den nächsten Tagen mit voller Wucht einleiten wird, ist es notwendig, auf der Grundlage der Einheitsfront in jedem Betrieb vorbereitende Kampfausschlüsse zu wählen, um unter Führung der KPD den Kampf gegen den Lohnabbau aufzunehmen.

Plauen, 14. Oktober. Am Dienstagvormittag wurde auf Anordnung der Polizeidirektion eine Durchsuchung der Räume des Sekretariats der kommunistischen Partei vorgenommen. Dabei wurde eine größere Anzahl Personen, die sich in der Geschäftsstelle aufhielten, zum Zwecke der Namensfeststellung zur Hauptwache gebracht.

Massenmeetings gegen Kriegsgefahr

stattfinden. Es werden sprechen die Genossin Devoyens, Paris, Genosse Fong Keng, Mandchurie

Außerdem werden von der UB-Leitung der Kommunistischen Partei die Genossen M. Schneider und Buchendahl sprechen. Die Versammlungen werden vorbehaltlich der polizeilichen Genehmigung in folgenden Orten stattfinden:

- 16. Oktober in Dresden, Blumensäule und Keglerheim.
- 17. Oktober in Großräscherdorf.
- 18. Oktober in Meißen und Pirna.

Thema in allen Versammlungen: „Weltkatastrophe des Kapitalismus und wachsende Kriegsgefahr“

politik besteht darin, alles den Besitzlosen zu rauben und alles für die bestehende Klasse zu geben. (Sehr wahr! v. d. Komm.)

Die Partei des Herrn Breitscheid, der vorhin einen Kampf gegen Kartelle und Trusts ankündigte, stellte bereits den Finanzminister mit dem Programm: „Das wichtigste in der Wirtschaftspolitik Deutschlands ist die Vermehrung und Sicherung des Kapitals.“ Kapitalbildung war das Generalprogramm Hermann Müllers und Silberdinge. Brüning hat daran weiter gearbeitet. Das wird auch die Politik Hillers sein.

Das Programm, das Breitscheid für die SPD heute ausgab, wird selbst in den Reihen der SPD-Arbeiter nicht einen einzigen Arbeiter finden, der daran glaubt.

Diese Zustände sind in Deutschland nur möglich infolge des Stillhaltens der SPD und des ADGB

Herr Brüning hat es die Junge verschlagen, die Notverordnungen ins rechte Licht zu rücken. Herr Breitscheid hat sehr geläufige Worte dafür gefunden. Er war der Begründer der Notverordnungen, nicht Herr Brüning. Herr Brüning gestand, er hätte die Politik nur durchführen können, weil keine größeren Streiks gewesen sind, warum? Die Streikbrecherpartei und der ADGB haben dafür gesorgt.

Nicht die Kommunisten sind die Wegbereiter der Rechtsregierung, wie Breitscheid vorhin erklärte, sondern die sozialdemokratischen Regierungen, die wir bisher gehabt haben, haben dem Faschismus den Weg frei gemacht. Wer hat 1918 die reaktionären Nachtigalpen aus den Mausefängern herausgeholt, wer hat sie als weiße Truppen organisiert, Moske und Scheidemann, Ebert. Die Sozialdemokraten haben die Nationalsozialisten erst geboren. So ist es heute noch. Vor jedem Nationalsozialisten steht die Sewering-Polizei als Schutz.

Genosse Kemmele kommt dann auf die Gründung der Sewering-Rosenfeld-Gruppe zu sprechen, die nur verhindern soll, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zur kommunistischen Bewegung gelangen.

Das Brüning-Programm bedeutet die Verflüchtung des schärfsten Kampfes gegen das werktätige Volk. Warum die Verfolgung gegen die Kommunisten? Weil sie die einzigen Vertreter der Interessen des werktätigen Volkes sind.

Wir fordern die Arbeiterklasse auf, mit den Notverordnungen so zu verfahren, wie Brüning mit der Verfassung. Die Notverordnungen verbieten den Arbeitern Versammlungen. Genosse Kemmele erinnert an die Ausführungen Hebbels auf dem Rannheimer Parteitag 1906 zur Einführung eines neuen Reichsvereinzelgesetzes: „Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen, sonst wären wir erbärmlich elende Kerle!“

Unter den letzten Notverordnungen ist die Aufhebung der Pressefreiheit. Wo besteht diese Pressefreiheit heute noch? Von April bis Oktober 1931 sind 61 kommunistische Zeitungen verboten worden, verboten von Sozialdemokraten. Auch die Drohungen gegen illegale Zeitungen schrecken uns nicht. Wir spielen nicht mit der Legalität oder Illegalität. Dem Arbeiter ist eine illegale Zeitung ein Heiligtum. Jedes Wort wiegt hundertmal schwerer als in einer legalen Zeitung.

Was verbieten Sie alles! Was heben Sie alles auf! Sie beginnen sich selbst aufzuheben. Alle Maßnahmen, die Sie ergreifen werden, sind kein Ausweg. Es wird noch weniger ein Ausweg sein, wenn Sie die faschistischen Horden zur Macht kommen lassen. Herr Brüning hat sehr klar gesagt, wenn sie erst einmal an der Macht sind, wird die rote Einheitsfront zustande kommen und alles weggehen. (Stürmisches Händeklatschen bei den Kommunisten.) Wie sind die Sieger morgen. Die Frage steht nicht mehr: Wer? — Wen? Die Frage lautet: Zu welchem Zeitpunkt. Der Zeitpunkt wird sein, wenn die Arbeiterklasse die Einheitsfront hergestellt hat. Das hat die Vergangenheit gezeigt, 1918, beim Kappsturz, bei der Cunoregierung. Die Einheitsfront kann nur zustande kommen im schärfsten Kampfe gegen alle, von den Weltsozialfaschisten bis zu den Hitlerfaschisten. Die faschistische Herrschaft schreckt uns nicht.

Die Sozialdemokraten verkünden, daß nur der Ausweg bleibt, die Brüningregierung zu stützen, damit Hiller nicht zur Macht kommt. Wir meinen umgekehrt, das gegenwärtige Kabinett ist die unmittelbare Vorstufe des Hitlerkabinetts. Deswegen gilt unser Kampf dem Ziel, die rote Einheitsfront des gesamten Proletariats in Deutschlands zu schmieden, um die kapitalistische Herrschaft niederzuerstern und ein freies sozialistisches Deutschland aufzurichten! (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Nach dem Genossen Kemmele sprechen noch die Vertreter der Deutschnationalen (Oberjochen), Zentrum (Toft), Volksnationalen (Waltusch). Am Schluß ergreift der Reichsfinanzminister Dietrich das Wort.

Die Sitzung wird dann auf Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

Große Erwerbslosendemonstrationen

Wahl Delegierte zur Landes-Erwerbslosen-Konferenz am 18. Oktober in Dresden

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Meldung.)

Gestern mittag bildete sich in der Bankstraße im Berliner Wedding, unweit des Arbeitsamtes, ein Demonstrationenzug von hungernden Erwerbslosen. Schon nach einigen hundert Metern stellte sich ihnen die Polizei entgegen, die Schreihölle abgab, als nicht sofort die Auflösung erfolgte. Die Schupo nahm 4 Demonstranten fest und lieferte sie in der Abteilung IA ein.

Auch im Südosten von Berlin kam es zu größeren Ansammlungen von Erwerbslosen, die durch die Straßen zogen. In der Dresdener Straße wurde vor einem größeren Lebensmittelgeschäft haltgemacht und eine Menge Lebensmittel wurden herangeholt. In der Turmstraße in Moabit kam es um 13 Uhr ebenfalls zu größeren Ansammlungen vor dem Delikatessengeschäft Robert Roschwig. Dort war ein größerer Zug von Erwerbslosen erschienen und hatte unter der Erklärung, daß sie bei dem ständigen Unterhaltungsabbau nicht mehr ihren Hunger stillen könnten, einige Würste mitgenommen. Ein Ueberfallkommando, das später eintraf, schlug mit Gummiknüppeln auf die Masse ein.

Siegen, 15. Oktober. (Telunion.) Am Mittwochnachmittag hatten sich etwa 200 Arbeitslose in mehreren

Trupps in den Nebenstraßen zusammengedrängt und plötzlich gegen das Rathaus vor. Die Beamten der im Rathaus untergebrachten Polizeiwache wurden mit Steinwürfen und ungeschicklichen Schüssen empfangen. Die Polizei erwiderte das Feuer und umgab die Arbeiter. Die Erwerbslosen wurden von der Polizei in die Nebenstraßen abgedrängt, wobei mehrere Beamte durch Steinwürfe leicht verletzt wurden.

Arbeitslose sammeln für Streikende

Der Schlichtungsausschuh im Lohnkonflikt in der Metallindustrie Hagen-Schwelm hatte einen Schlichtungsversuch von 0 von bürokratisch hatte diesen Schlichtungsversuch angenommen und die Arbeiter haben aber bereits den Kampf aufgenommen.

Alle Versuche der Streikbruchbürokratie, den Kampf willen zu schwächen, scheiterten an der Entschlossenheit der Belegschaften und der Solidarität der Erwerbslosen, die bereits als 1. Rate 44 Markt zur Unterstützung der kämpfenden absteigerten.

Spaltung der SAJ in Hamburg!

Schupo und Polizei gegen oppositionelle SAJ

In Hamburg fand eine Delegiertenversammlung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend statt, auf der es zur Spaltung der Hamburger SAJ kam. Vom „linken“ Bezirksvorstand lag eine Resolution vor, die sich demagogisch gegen die Politik der SPD-Führung, gleichzeitig aber auch gegen die Spaltung wendete. Gegen diese Resolution stimmten bei namentlicher Abstimmung trotz Ankündigung des Ausschusses 89 Delegierte, dafür waren 101 Stimmen.

Zwei Tage darauf fand eine Versammlung der oppositionellen SAJ-Mitglieder statt, in der von mehreren Rednern

Fühlungnahme mit dem kommunistischen Jugendverband gefordert wurde. Am gleichen Sonntag fand in Altona eine Demonstration der Hamburger und Altonaer SAJ statt. Auf dieser Demonstration kam es zu Zusammenstößen zwischen den oppositionellen SAJ'ern, Schupo und Polizei, die Schupo schlug mit ihren Knöpfen und mit Faust auf die SAJ'ler ein. Mehrere von ihnen wurden verletzt, einem SAJ'ler wurde das Nasenbein zertrümmert.

Auch in Duisburg-Hamborn Spaltung

In einer Vertreterversammlung der Ortsgruppe Duisburg-Hamborn der SAJ wurde beschlossen, aus dem Verband der Sozialistischen Arbeiter-Jugend auszutreten. Die SPD-Presse stimmt darüber ein wütendes Geschrei an und spricht von Unterdrückung von Parteilegitimität und ruft mehr oder weniger offen nach der Polizei. Das sind die letzten Mittel, mit denen die SPD-Bürokratie ihre Mitglieder zu halten denkt.

Der SPD-Vorstand schließt aus

Im Bezirk Duisburg wurden wegen „parteilich-abhängigen Verhaltens“ folgende Arbeiter aus der SPD ausgeschlossen: Willi Corneli, Duisburg-Hochfeld, Karl Jaufke, Duisburg-Hochfeld, Fritz Dunkel, Duisburg-Hochfeld, Johann Vogt, Duisburg-Hochfeld, Heinrich Gierres, Duisburg-Nußdorf, Heinrich Krämer Jr., Duisburg-Neidrich, Fritz Ring, Duisburg-Neudorf.

Die Mitglieder des Deutschen Freiendenerverbandes und die Mitglieder der SPD in Greifswald wählten den 1. Vorsitzenden der SPD, Ortsgruppe Greifswald, Julius Schröder, als Delegierten nach der Sowjetunion, um sich Informationen über die Lage des Arbeiter- und Bauernrates von ihm geben zu lassen. Schröder wurde darauf vom Bezirksvorstand der SPD-Organisation ausgeschlossen. Mit ihm gehen jetzt ein Teil Arbeitermitglieder der SPD zur kommunistischen Partei.

Neuer SPD-Reflameballon!

Sand in die Augen der Arbeiter — Massenbetrug der SPD-Führer!

Dresden, 14. Oktober

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine große Anzahl Anträge eingebracht, in denen u. a. gefordert wird, Revision der Fürstenerntelegung, verschärfte Pensionsfürsorge und verschärfte Zwang zur Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft. Der Pensionsfürsorgeantrag verlangt Kürzung jeglicher Pensionen auf 12 000 Mark. Alle hohen Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 Mark sollen um 20 bis 50 Prozent gekürzt werden. Wenn ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder aber nur unvollständig durchführt, soll der Unterschiedsbetrag in Form einer Sondersteuer an das Reich abgeführt werden. Ein weiterer Antrag betrifft die Wiedereinstellung und Wiedereinstellung von Kartoffeln und Kohlen als zusätzliche Leistung zu den Unterstützungsbeträgen. Ein Antrag zum Tarifrecht verlangt, daß die Reichsregierung alle Pläne und Forderungen auf Befestigung und Ausschöpfung des Tarifrechts ablehnt.

Diese Anträge der SPD-Reichstagsfraktion haben keinerlei praktische Bedeutung. Mit der Tolerierung der Brüning-Regierung unterstützt die SPD auch alle arbeitgeberfeindlichen und reaktionären Maßnahmen der Reichsregierung.

Die Anträge sind lediglich dazu bestimmt, den Massen Sand in die Augen zu streuen und die Rettung ihrer Brüning-Diktatur zu verschleiern. Das zeigen besonders die Anträge zur Kürzung der Einkommen. SPD-Minister waren es, die den Hohenzollern und anderen Fürstenparasiten Millionengehälter machten. Die Preußenregierung zahlt heute noch an Wilhelm 50 000 Mark pro Monat.

Ebenso steht es mit den Anträgen auf Gehalts- und Pensionskürzung. Die Sozialdemokraten lehnen im Interesse ihrer wohlhabenden Könige und Staatsfunktionäre in den Landtagen und Gemeinden alle Anträge der Kommunisten auf Herabsetzung der Gehälter bis zur Höchstgrenze von 6000 Mark ab. Sie stimmen

in Gemeinschaft mit den übrigen Vertretern des Bürgertums die kommunistischen Anträge auf Winterhilfe nieder. — Ihr Anteil von Anträgen im Reichstag ist daher elende Demagogie und bezweckt, den Massen Sand in die Augen zu streuen.

Naturalien statt Geld!

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Reichsarbeitsminister teilt in einem Rundschreiben mit, daß auf Grund der Notverordnung die Arbeitsämter ermächtigt werden, ein Drittel der Unterstützung in Brot, Kartoffeln und Brennstoffen auszugeben. Die Antwort aller Erwerbslosen muß Massenprotest gegen diese Naturalversorgung sein. Sie müssen kämpfen für Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung in bar und zusätzlicher Lieferungen von Lebensmitteln gemäß dem roten Selbsthilfeprogramm.

Nazis wollen zur Futterkrippe!

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Berlin-Weißensee verlas der Reichsleiter Göring am Schluß seines Referates eine Erklärung Adolf Hillers, in der es u. a. heißt: „Die Partei wünscht die Verantwortung und ist bereit, sie reiflich zu übernehmen. Wenn der Reichspräsident uns ruft, leisten wir zur Bildung eines Kabinetts diesem Ruf selbstverständlich Folge.“

Diese Erklärung ist zweifellos das Ergebnis der Besprechung Hillers mit Hindenburg. Die Nazis wollen unter allen Umständen an die Futterkrippe des kapitalistischen Völkchens und treten dabei ihre demagogischen Wahlversprechungen mit

Arbeitslose sammeln für Streikende

Der Schlichtungsausschuh im Lohnkonflikt in der Metallindustrie Hagen-Schwelm hatte einen Schlichtungsversuch von 0 von bürokratisch hatte diesen Schlichtungsversuch angenommen und die Arbeiter haben aber bereits den Kampf aufgenommen.

Alle Versuche der Streikbruchbürokratie, den Kampf willen zu schwächen, scheiterten an der Entschlossenheit der Belegschaften und der Solidarität der Erwerbslosen, die bereits als 1. Rate 44 Markt zur Unterstützung der kämpfenden absteigerten.

Massenprotest gegen Stilllegung

3000 hungernde Bergarbeiter in Neurode fordern Wiedereröffnung der Grube

Berlin, 14. Oktober.

Auf der Wenzelsgrube bei Neurode, auf der im Juli 1930 152 Bergleute tödlich verunglückten und die seit dem 1. Januar d. J. stillgelegt worden war, sollten gestern auf Veranlassung des Kontraktverwalters 100 Arbeiter mit den Abräumungsarbeiten beginnen. Daraufhin versammelten sich am Morgen etwa 2000 Arbeiter in der Grube beifällig getragene Bergleute und forderten die Arbeiter auf, nicht mit den Abräumungsarbeiten zu beginnen. Die Arbeiter gaben schließlich dem Drängen nach. Am Nachmittag demonstrierten dann in Neurode über 3000 Bergleute vor dem Landgericht und verlangten die Wiedereröffnung der Grube.

Gebering zweifelt an Schupo und Reichswehr

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Polizeiminister Gebering hielt im preußischen Landtag eine große Rede, in der er sich des langen und breiten über die verfassungsrechtliche Deduktion ausließ.

Er erklärte unter anderem, daß er immer noch der Auffassung sei, daß man die Not des Volkes nicht mit dem Gummiknüppel bekämpfen könne, sondern soziale Maßnahmen treffen müsse. (Zuruf des Gen. Kasper: „Sie handeln im Gegensatz zu Ihren eigenen Worten!“) Der nächste Winter werde trotzdem an die feilliche Verfassung der Polizeibeamten die härtesten Anforderungen stellen. Um so mehr werde die Regierung gegen die kommunistische Forderung der Polizei vorgehen. Es würden jetzt beinahe in allen Schupolizern kommunistische Flugblätter verteilt.

Solange dieses System von der Schupo in der Hand des preußischen Innenministers und von der Reichswehr in der Hand der Brüningregierung verteidigt werde, solange könne man auf die Hilfe des Stahlhelms und der Nationalsozialisten in der Verteidigung des Staates und seiner Bürger verzichten. Herr Gebering scheint jedoch selbst sehr erhebliche Zweifel in die Anvertrauensfähigkeit der Reichswehr und Schupo zu setzen, denn er erklärte zum Schluß seiner Ausführungen, daß der entscheidende Maßstab für die hinter der Regierung stehenden Parteien und die großen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten seien, die selbst die Aufgabe der Polizei übernehmen würden.

SPD für Beamte!

Berlin, 14. Okt. (Eig. Ber.)

Die erste Sitzung des preußischen Landtages nach den Sommerferien am 13. Oktober stand unter dem Eindruck der großen Rede des Genossen Kasper. Er begründete zunächst die Frauensanträge gegen den Kultusminister Grimme wegen seiner katastrophalen Schulabbauperiode und der Entlassung von 7000 Lehrern und gegen den Polizeiminister Gebering wegen seiner Mitarbeit an den verschiedensten Notverordnungen Brüning. In scharfen Worten wandte er sich gegen den Abbau der Gehaltsbezüge der unteren und mittleren Beamten in Staat und Kommune und gegen die ungeheuerlichen Abbaumaßnahmen bei den unteren und mittleren Beamten und Angestellten.

Neues in Kürze

Der spanische Ministerpräsident Zamora und der Innenminister Maura haben ihr Rücktrittsgesuch eingereicht und begründen dieses mit der Abstimmung der Nationalversammlung in der Religionsfrage. Der Religionsminister Azana ist mit der Bildung der Regierung beauftragt worden.

Die Landvolkpartei hat beschlossen, für die Wählerentscheidungen gegen die Brüningregierung zu stimmen.

Ein verheerender Sturm an der pazifischen Küste Japans hat bisher 80 Todesopfer gefordert.

Im Wiener Allgemeinen Krankenhaus sind 18 Ärzte und 60 Krankenschwestern infolge Sepsis erkrankt und nach dem Spital übergeben worden.

Neues Fiasto in Genf

Amerika tritt auf den Plan

Genf, 14. Oktober. Gestern wurde die außerordentliche Ratung, die sich mit dem Krieg im Fernen Osten befaßt, eröffnet und bereits nach der ersten Sitzung ohne Termin vertagt.

Der Delegierte Kantons Leoben den japanischen Vorschlag dieser Verhandlungen zwischen Tokio und der Kantonsregierung vor der Räumung der Mandchurie ab. Er forderte ein offenes Eingestehen des Völkerbundes.

Der japanische Delegierte wiederholte die alte Forderung, daß Japan nur aus „Notwehr“ zu dem Mittel der militärischen Beilegung der Mandchurie gezwungen habe. Japan habe keinerlei imperialistische oder kriegerische Absichten.

Die Aussprache wurde mit einer Erklärung Brlands abgeschlossen, der das Ergebnis dahin zusammenfaßt, daß die japanische Regierung zu einer Räumung der besetzten Gebiete unter dem Vorbehalt genügender Sicherheiten für das Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen bereit sei, und daß sich die amerikanische Regierung verpflichtet, keinerlei Zwangsmassnahmen gegen die japanischen Staatsangehörigen zu ergreifen und alle Maßnahmen anzuwenden, um feindselige Handlungen gegen Japaner zu verhindern. Danach sei eine friedliche Verständigung durchaus möglich.

Nach dieser salomonischen Erklärung vertagte sich der Rat bis zu dem Zeitpunkt, wo sich die Möglichkeit einer Einigung ergibt. (1)

Große Beunruhigung hat in den Völkerbundskreisen der Welt Amerika, an den Beratungen des Völkerbundes teilzunehmen, wachgerufen. Man sucht nach einem Ausweg, um die amerikanische Teilnahme zu verhindern.

Der Kampf der imperialistischen Mächte um den chinesischen Markt, der durch das aktive Auftreten des japanischen Imperialismus in der Mandchurie kompliziert wird, tritt jetzt in seine letzte Etappe. Im wesentlichen besteht diese Etappe in dem aktiven Widerstand, den jetzt der amerikanische Imperialismus seinem japanischen Rivalen, der sich in der Mandchurie festsetzt, zu leisten beginnt.

Die Washingtoner Regierung wählte den Völkerbund als Schauplatz für den ersten Schritt des amerikanischen Imperialismus. Der Appell an Genf ist sozusagen ein Probekolb der amerikanischen Diplomatie. Je nach den Ergebnissen dieses Schrittes wird die Diplomatie anders, stärker wirkende Mittel anwenden. Washington ist nicht allgütig um die Autorität des Völkerbundes besorgt. Dieser wird noch einmal ein Fiasto erleben, denn keinerlei Einmischung des Völkerbundes wird den japanischen Imperialismus aufhalten können.

Es wird erklärt, warum im Völkerbund selbst und unter den imperialistischen Mächten, die den japanischen Imperialismus unterstützen, Konfusion und Kopflosigkeit herrschen. Auf den Plan treten jetzt die Vereinigten Staaten, die die weitere Ausplünderung Chinas nach ihrem eigenen Schema und nicht nach dem Schema des japanischen Imperialismus anstreben.

Die Inflationshoffnungen enttäuscht

Zehntausende Arbeitsloser von den Listen gestrichen

London, 14. Oktober. Das englische Arbeitsministerium gibt bekannt, daß die Arbeitslosenzahl gegenüber der Vormoche um 1000 zurückgegangen sei. Der „Daily Herald“ erklärt diese Ziffer für eine demütigende Fälschung. Diese Ziffer stehe nur auf dem Papier, sie sei dadurch zustande gekommen, daß in der letzten Woche viele Zehntausende von Arbeitslosen von den Listen der Unterstützungsempfänger gestrichen wurden und infolgedessen für die Statistik nicht mehr existieren.

Das Blatt betont, daß die Erwartungen hinsichtlich einer Belebung der Industrie infolge der Inflation ins Wasser gefallen seien. Mit Ausnahme des Kohlenbergbaus, wo aus saisonmäßigen Gründen eine vorübergehende leichte Belebung festzustellen ist, sei in allen Schlüsselindustrien die Produktion weiter zurückgegangen.

Ein Kleinbauer erzählt

Nicht weit von der holländischen Grenze lag, von Ruh und Gaudium der Industriestädte frei, ein armes abgelegenes Bauerngehöft. Durch Zufall kam ich an einem Sonntagmorgen mit dem Besitzer dieses Hofes zusammen. Ich hatte die Absicht, einen Genossen, der in der Nähe dieses Gehöftes als Knecht arbeitete, zu besuchen. Ich fuhr an diesem Hof vorbei. Der Bauer sah vor seinem Haus auf einer alten, halbzerfallenen Bank und flüsterte vor sich hin. Ich näherte mich ihm.

„Können Sie mir vielleicht sagen, wo hier der Gutshof von Knecht liegt?“ fragte ich ihn. Der Bauer, immer noch vor sich hinflüsternd, gab mir auf meine Frage keine Antwort. Ich wiederholte meine Frage. Langsam hob der Bauer den Kopf hoch.

„Knecht?“ — Finsternis blickte der Bauer vor sich hin. „Zu diesem Lumpen? Dießem Halsabschneider, der mit alles geröhrt hat? Langsam erhob der Bauer sich, hielt sich mit der einen Hand an der Banklehne fest. Mit der anderen drohte er nach dem in der Nähe stehenden Gutshof hinüber. „Aufmerksam bist er nicht! Von Grund und Boden verjagt!“

Verblüfft sah ich den Bauer an, der zusammengesunken wieder auf der Bank saß. Meine Gedanken arbeiteten.

„Jedenfalls stimmt hier etwas nicht mit den beiden,“ dachte ich und wollte meines Weges gehen. Ich überlegte einen Augenblick.

„Warum ist denn dieser Gutbesitzer ein Lump und Halsabschneider?“ fragte ich neugierig.

Der Bauer blickte vor sich hin und sagte dumpf: „Hier! Alles, was Sie hier sehen, dieser Hof, diese Wiesen und Felder, das Vieh, was Sie dort drüben erblicken, gehörte mir.“

Die Geschichte interessierte mich und ich bat diesen vergämten Bauer, die doch darüber Auskunft zu geben. Er erzählte mir folgendes:

„Ich galt als angesehen Bauer. Ich konnte mir etwas Geld, das ich lauer verdient hatte, auf der Sparkasse anlegen. Alljährlich kamen die enormen Steuern. Ich konnte sie nicht mehr aufbringen, konnte sie nicht mehr bezahlen. Ich geriet in Schulden. Trotzdem ich Tag und Nacht arbeitete, die Schulden wurden immer größer. Dies wurde der da drüben gewahrt. Er bot mir Geld an, meine Schulden zu decken. Ich ließ mich von ihm fangen. Meine Schulden wurden bezahlt. Aber — — —“

Macdonald von der Londoner City gekauft

Propagandagelder aus dem konservativen Wahlfonds und aus den Tresors der Londoner Großbanken — Die „Arbeiterpartei“ verkauft Arbeiterstimmen an Lloyd George — Die Spaltung der Liberalen Partei

London, 14. Oktober. Der „Daily Herald“, das Organ der „Arbeiterpartei“ veröffentlicht sensationelle Mitteilungen über die Wahlkampagne der Macdonald-Gruppe. Danach wird die Wahlpropaganda der von Macdonald aufgezogenen „Nationalen Arbeiterpartei“ durch große Summen aus dem Wahlfonds der Konservativen und durch reiche Zuwendungen aus Kreisen der Londoner City finanziert.

In allen Wahlkreisen, wo Kandidaten der „Nationalen Arbeiterpartei“ konservativen oder „national liberalen“ Kandidaten gegenüberstehen, wurden Wahlabkommen vereinbart, wonach die anderen Parteien ihre Kandidaten zugunsten der sichersten Kandidaten zurückziehen. Ebenso hat die „Arbeiterpartei“ mit den Lloyd-George-Liberalen Wahlabkommen getroffen.

Die Partei Macdonalds hat bis jetzt 28 Kandidaten aufgestellt. Die offizielle „Arbeiterpartei“ verfügt über etwa 500 Kandidaten. Die „Nationalen Liberalen“ um Herbert Samuel ziehen mit 35 Kandidaten in den Wahlkampf. Die Konservativen werden etwa ebensoviel Kandidaten wie die „Arbeiterpartei“ aufstellen, d. h. ungefähr 500.

Die liberale Partei hat sich in drei Gruppen gespalten. Die Anhänger von Sir John Simon, die vor-

behaltlos für Schukölle eintreten, haben 34 Kandidaten aufgestellt. Die Anhänger Herbert Samuels, die über 35 Kandidaten verfügen, erklären sich „grundsätzlich“ für den Freihandel, sind jedoch bereit, „falls notwendig, zeitweilig Schutzzölle“ anzunehmen. Die Anhänger Lloyd Georges (20 Kandidaten) stehen auf dem Standpunkt des Freihandels und wenden sich gegen die Zollpläne der Regierung. Der Richtungskampf im Lager der Liberalen wird dadurch verschärft, daß Lloyd George die Parteiliste selbst in der Hand hat und nur für seine eigene Gruppe Propagandagelder ausgibt.

Die Kandidaten der K. P. Englands

London, 14. Oktober. Gestern wurden die Namen von 18 kommunistischen Kandidaten für die Parlamentswahlen bekanntgegeben. Diese Liste ist vorläufig, und es sind Ergänzungen zu erwarten. Es wird zum mindesten einer von den Meerut-Gezangenen als Kandidat aufgestellt werden.

Auf der Liste befinden sich 6 Kandidaturen in London, 3 in Südwesten, 1 in Sheffield, 1 in Lancashire, 3 in Schottland, 1 in Liverpool und 1 im Westarbeitsbezirk in Yorkshire.

Beschärfte Kriegslage im Fernen Osten

Tägliche Bombenüberfälle auf mandchurische Städte — Neue Truppentransporte

London, 14. Oktober. Japanische Flugzeuge haben am Dienstag über der Stadt Kupaung an der Peking-Mudens-Eisenbahn Bomben abgeworfen.

Im Rayon Telin, an der südmandchurischen Eisenbahn haben japanische Flugzeuge ein chinesisches Militärlager bombardiert, in dem 1500 Soldaten untergebracht waren. Es wurden 40 Bomben abgeworfen. Die Zahl der Opfer ist außerordentlich groß. Bei der Station Tachusan wurde ein chinesisches Militärtransportzug von japanischen Fliegern durch Bomben vernichtet.

Nach einer Mitteilung aus Tokio hat das japanische Kriegsministerium angeordnet, daß verschiedene Truppenteile der Armee, die in Fujan und Gensan liegen, sich marschbereit halten sollen. Nach anderen Meldungen sollen weitere etwa 8000 Mann nach China geschickt werden. Ferner haben ein japanischer Kreuzer und acht Torpedobootszerstörer, die zur Zeit in Kure liegen, Befehl erhalten, sich für eine Abreise nach chinesischen Häfen in Bereitschaft zu halten.

Schanghaier im Solde Japans

Er verbietet alle antijapanischen Kundgebungen

Kantung, 14. Oktober. Die chinesische amtliche Telegraphenagentur Goman teilt mit, daß das Kabinett in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen hat, alle japanischen Kundgebungen in China, besonders in Schanghai

und Kantung, zu verbieten. Die Behörden sind angewiesen worden, die „Ordnung“ mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Amerika trumpft auf

Sieben U-Boote nach Schanghai unterwegs

London, 14. Oktober. Nach einer Erklärung des amerikanischen Marineministeriums haben sieben amerikanische U-Boote und ein Tender, die erst kürzlich von Tientsin nach Tschifu verlegt waren, am Dienstagabend Befehl erhalten, nach Schanghai in See zu gehen.

Obdachlose belegen Parlament

Newyork, 14. Oktober. In Winipeg (Kanada) besetzten 19 exmilitierte Familien von Arbeitslosen mit Unterstützung von Erwerbslosen das Parlamentsgebäude, machten sich in den Marmorsälen des Gebäudes bequem und erklärten, daß sie dort bleiben werden, bis ihnen die städtischen Behörden andere Wohnungen zur Verfügung stellen.

Der Goldstrom nach Frankreich

Paris, 14. Oktober. In Cherbourg trafen am Dienstag für zwei Milliarden Franken Gold, aus Amerika kommend, für eine Reihe Pariser Großbanken ein. „Berengaria“ hatte Gold im Werte von fast einer Milliarde Franken an Bord, während der Dampfer „Bremen“ in 337 Fässern eine ungefähr gleich große Menge abließerte.

Morgen neuer Roman:

Die letzten Tage von...

Zeitgemäß und spannend!

„Man soll nicht gleich sein Leben wegwerfen, wie ein abgelegtes Kleidungsstück, sondern man soll es verwenden zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Für einen Staat, der auf sozialistischer Grundlage besteht, wo es nicht mehr möglich ist, daß der Große den Kleinen aufricht, wo jeder das hat, was er zum Leben braucht.“

„Ich weiß schon, worauf Sie hinaus wollen,“ erwiderte der Bauer. Fragen standen in seinen Augen.

„So wie im Sowjetrußland,“ erwiderte ich das Gesagte.

Stinnend sprach der Bauer: „Ich habe schon viel darüber gehört und wäre schon damit einverstanden, daß es hier in Deutschland auch so wird. Aber, glauben Sie, daß das kommen wird?“

„Aber sicher!“ antwortete ich bestimmt. „Wenn nur jeder bedrängte Bauer erkennt, daß nur der gemeinsame Kampf der Industrieproletarier, Landarbeiter und Kleinbauern helfen kann, den Kapitalismus und das Großbauerntum zu beseitigen. Dann wird auch der betrogene und landarme Bauer in kollektiver Gemeinschaft ein froher Bearbeiter seiner Scholle sein.“

Ein Händedruck trennte mich von dem Bauer, der in tiefem Nachdenken zurückblieb.

6 Wochen Gefängnis für Kleinbauern

Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung und schwerer Körperverletzung hatte sich der Landwirt P. aus Mosbach bei Gera vor dem Schöffengericht zu verantworten. Dem Verfahren liegt folgender Vorgang zugrunde. Als ein Vollstreckungsbeamter des Finanzamtes bei P. 6 Mark allg. Steuern einzulösen wollte, begann P. zu schimpfen und schlug auf den Beamten mit einem Rechen ein. Er zerstückte ihm dabei das Nasenbein, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. P. erhielt wegen dieser Straftat sechs Wochen Gefängnis.

Die Handlungswelt des Landwirts P. ist eine Folge des Kleinbauernlebens. Unbarmherzig verlangt der Staat von den verarmten Kleinbauern die Steuern. Läßt ein Bauer sich in seiner Verzweiflung dazu hinreißen, den Steuereintreiber unfreundlich zu empfangen, wie im obigen Fall, so klettert er ins Loch.

Dem Kleinbauer kann nur der geschlossene Kampf im Bunde mit der Industriearbeiterschaft helfen.

Gemeinsam muß auch der Kampf geführt werden für die Freilassung aller gefangenen revolutionären Arbeiter und Bauern!



Tödlicher Verkehrsunfall!

Wo blieb die erste Hilfe?

Gestern mittag 12.45 Uhr, fuhr ein Motorradfahrer aus der Kleinen Wauerischen Gasse in die Ammonstraße. Auf dem nassen Asphalt kommt das Rad ins Schleudern, bleibt in den Schienen hängen, dabei wird er vom Radfahrer eines Kraftkraftwagens der Internationalen Transportgesellschaft überfahren. Schwer am Kopf blutend wird er auf die Gehbahn gelegt. Das Motorrad ist vollkommen demoliert und unbrauchbar geworden.

An der Unfallstelle sammelten sich hunderte Personen. Fahrzeuge, Autos, Fahrräder, Straßenbahnen, alles steht. Die aus der Schule kommenden Kinder können auf der Straße nicht weiter, der Verkehr ist behindert. Obwohl nun Passanten sofort die Feuerwehr und Sanitätswache verständigen, erscheint erst nach einer halben Stunde die erste Hilfe. Der Schwerverletzte war inzwischen verstorben.

Sind diese Zustände etwa die Folge des rückwärts betriebenen Abbaues? Weshalb war nicht sofort Hilfe zur Stelle, wo doch die Hauptwache keine 10 Minuten entfernt liegt? Wenn irgendwo Erwerbslose demonstrieren, oder aber auch nur zusammenstehen und Hungerrufe erklingen lassen, so kann jeder sicher sein, daß sofort Großkampfwagen mit voller Beladung, ausgerüstet mit Gummitruppel, zur Stelle sind. Hier aber kann der Verkehr länger als eine halbe Stunde stocken, ohne daß sich irgend jemand sehen läßt. Hier muß dringend Menderung verlangt werden.

Urteil im Tempel-Prozess gefällt

Futterrippe gerettet / Dienstentlassung abgelehnt / Geldstrafe in Höhe von vier Monatsgehältern und Zahlung von zwei Dritteln der Gerichtskosten

Geitern wurde das Urteil im Prozess Tempel, dem ehemaligen Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Sachsen, gefällt. Tempel war angeklagt, mit Geldern unpfändlich umgegangen zu sein, selbstherrlich gehandelt, für genehmigungspflichtige Bauten und Ueberschreitung der Voranschläge die Genehmigung nicht eingeholt und sich unehrlich benommen zu haben.

Tempel wurde in der Zeit der NSP-Herrschaft mit dem Präsidentenposten betraut. Er ist bekannt als einer der rückwärtigen Kommunisten und hat sich als Gewerkschaftsbürokrat besonders Verdienste um die Bekämpfung der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften erworben. Gerade deshalb ließen ihn wohl auch seine Freunde für diesen Posten für besonders geeignet.

Der Prozess sollte angeblich um die Reinheit der Verwaltung gehen. Der „Freiheitstempel“ polkaunte tagtäglich seinen „Verdienst“ auf diesem Gebiet in die Welt. Der verdammte Marxismus sei Schuld, so leuchtete es aus jeder Zeile, und die bürgerliche Presse machte z. T. mit einem trodenen und einem nassen Auge mit, während die Volkszeitung Tempels Politik zu recht fertigen suchte. Der Verlauf des Prozesses hat aber ganz klar gezeigt, daß es hier nicht um die Reinheit der Verwaltung ging, vielmehr die Wäsche, die hier gewaschen wurde, verdammt schmutzig war. Es ging um die Futterrippe, die ein Teil mit Zähnen und Klauen verteidigte, während der andere sie zu erobern versuchte. Die Nazis entfalteten während der ganzen Dauer des Prozesses eine mühe Hehe, insbesondere gegen den Verteidiger Dr. Apfel. Indirekte Drohungen mit „Abreibung“ wurden im „Freiheitstempel“ ausgesprochen. Je länger der Prozess ging, desto offener zeigte sich, daß die Nazis nur die Jurisprudenz eines Klüngels höherer Beamten sind. Die Sache

selbst war ihnen nichts. Nach allen bisherigen Erfahrungen kann ruhig behauptet werden, daß nicht ein Wort gefallen wäre, wenn dieses Präsidium in den Händen eines den Nazis angenehmen höheren Beamten gelegen hätte.

Was wurde im Prozess festgestellt? Wie sah die Arbeit des Herrn Tempel aus?

Alle die Dinge, die schon im ersten Prozess eine Rolle gespielt haben, werden hier nochmals ausgegraben. So wurde an dem Verwaltungsgeschäftsbürotempel von der Firma Schilling & Gräber ein Erweiterungsbau vorgenommen, dessen Kosten mit 4 Millionen Mark voranschlägt war. Tatsächlich lautete die Endabrechnung auf 2 900 000 Mark, das ist das Vierfache des Voranschlags. Bei einer Reihe weiterer Bauten sind ähnliche Ueberschreitungen vorgekommen. Weiter wurde Herr Tempel unerschöpflich luxuriöser Aufwand nachgelassen bei der Herstellung seiner Dienstwohnung. Ein Zeuge nannte die Badeeinrichtung und den Eisschrank Tempel „hochschönartig“. Die Badeeinrichtung soll aus reinem Marmor, wie auch der Eisschrank erstklassiges Fabrikat sein. Herr Tempel behauptet aber, nur eine bescheidene Wohnung gehabt zu haben. Ja, sie verstanden sich „einzuleben“, viele Herren Gewerkschaftsbürokraten! „Wie er sich räuspert und wie er spuckt...“

In den letzten Tagen wurde der Prozess im Gegenfah zu den ersten Tagen, wie wir das bereits gemeldet haben, hart beschleunigt.

Herr Tempel erhielt eine Geldstrafe in Höhe von vier Monatsgehältern, außerdem hat er zwei Drittel der Gerichtskosten zu tragen. Von einer Dienstentlassung wurde abgesehen wegen der hohen Verdienste Tempels um die Förderung Sachsens und der Landesversicherungsanstalt.

Welche Lehre ziehen die Werktätigen aus diesem Prozess?

Während eine Beitragserhöhung nach der anderen durchgeführt wurde, während die Invalidentrentner keinerlei Erhöhung ihrer Renten erhalten konnten und sich Abzüge gefallen lassen mußten, wurden hier, ohne daß ein Versicherter auch nur ein Wort zu sagen hatte, Millionen verlor. Der Prozess ist aus. Er brachte keine Verurteilung des Systems. Das aber ist das Wesentlichste, auf das es ankommt. Menderung der im Prozess genannten Methoden erfolgt nicht durch Personenwechsel. Menderung bringt nur der Wechsel des Systems.

Kein sogenannter Berufsbeamter, wobei Nazis u. Bürgerliche nur die hohen Beamten verhehlen, sein aus den Reihen der sozialistischen Gewerkschaftsbauern ernannter „Nachmann“ bringt Menderung. Menderung allein kann nur erreicht werden durch Menderung des Systems. Deshalb steht hier wie überall die Frage der Selbstverwaltung der Versicherten. Hinzu mit den den Nazis nachsichenden höheren Beamten, hinaus mit den Unternehmern, hinaus mit den sozialistischen Gewerkschaftsbauern! Die Arbeiter müssen über ihre Einrichtungen selbst entscheiden, müssen ihre Einrichtungen selbst verwalten. Daran haben weder die Nazis und die Bürgerlichen, noch die SPD-Führer ein Interesse. Dafür kämpft allein die SPD!

Wachtung, Arbeiterfinder!

Drei-Tage-Wanderung nach Freital ins Kinderheim der JUSI vom 23. bis 26. Oktober 1931. Unkostenbeitrag 1,50 Mark. Abmarsch am 23. Oktober 10 Uhr vom Poppitz 18. Rückkehr am 26. Oktober 17 Uhr an der Bienertmühle.

Arbeitereltern, schickt eure Kinder zur Acht-Tage-Wanderung der JUSI nach Freital - Oederan - Nöbha vom 18. bis 26. Oktober. Unkostenbeitrag bei voller Verpflegung, Fahrgehalt 4 Mark. Abmarsch am 18. 10. 410 Uhr vom Königspapstion, Hauptbahnhof. Rückkehr am 26. 10. 17 Uhr an der Bienertmühle.

Arbeitergesangverein Reichenau mit Heiberdorf und Friedersdorf. Zu dem am Sonnabend dem 17. 10. im Gasthof Stadt Ritzau 20 Uhr stattfindenden Gesangskonzert mit reichlicher Vortragsfolge laden wir alle gesangliebenden Einwohner herzlich ein.

„Stra'e muß fein“

In Deutschland besteht ein gesetzlicher Zwang zur Impfung. Alljährlich im Herbst finden die Impfungen der Kinder, die in diesem Jahr das 12. Lebensjahr vollenden, statt. Trotz der wachsenden Gegnerenschaft zum Impfen, ist die Gewissensfreiheit für die Eltern bisher in Deutschland nicht anerkannt worden. In welchen Zuständen das führen kann, das zeigt der nachfolgende Fall. Eine Mutter von zwei Kindern ist Impfgenerin. Sie hat das älteste Mädchen, das bereits 17 Jahre alt ist, bisher nicht impfen lassen. Jedes Jahr wurde sie zu Geldstrafen verurteilt. Da sie das nicht mehr in der Lage ist, erhielt sie jetzt eine dreitägige Haftstrafe. Sie wird wegen ihrer Ueberzeugung von dem noch schulpflichtigen Kind (die 17-Jährige geht auf Arbeit und ist nicht zu Hause) weggerissen und mag sehen, wie sie kommt. Auch ein Beitrag zur Gewissensfreiheit, von der immer so viel geredet und geschrieen wird.

Wenn der Rücktritt verläßt. Am Mittwoch früh verunfallte auf der Saalkauener Straße ein Radfahrer dadurch, daß beim Bremsen die Rücktrittbremse verlagte. Um auf der abschüssigen Straße der Gefahr eines größeren Unglücks zu entgehen, fuhr der Radfahrer, um sein Rad abzubremsen, an den Bordstein, wobei er jedoch vom Rade und an einen elektrischen Mast geklettert wurde. Die Verletzungen, eine Gehirnerschütterung, ein Armbruch und mehrere Fleischwunden, machten die Ueberführung in das Krankenhaus notwendig.

Sprung von der Brücke. Von der Brückenhöhe sprang gestern früh in der fünften Stunde ein Hausmädchen in den Pflanzkanal. Sie war sofort tot. Aus hinterlassenen Briefen ging hervor, daß die Sorge um ein Kind die Lebensmüde in den Tod getrieben hatte. Auf Erkundigungen, die die Polizei, bei den in Sentenberg wohnhaften Eltern einzog, kam die Nachricht zurück, daß der Vater des Mädchens in derselben Nacht verstorben sei.

Die gelbe Rolle des „Freiheitstempel“

Der „Freiheitstempel“ Mitteilungsblatt des Deutschen Industrie-Schutzverbandes, Dresden

In Dresden existiert eine Organisation, genannt Industrie-Schutzverband. Dieser Industrie-Schutzverband ist eine Organisation des Verbandes der Industriellen und hat sich den schärfsten Kampf gegen die Arbeiter auf seine Fahne geschrieben. Neben dem direkten Kampf verläßt er durch ungeheure Massen von Flugmaterial die Arbeiter von der Notwendigkeit des Lohnabbaues, der Mehrleistung, des härtesten Schuftens und des Schließens gegenüber seinen Antreibern zu überzeugen. Diese Flugblätter tragen zu deutlich den Stempel der reaktionären Unternehmerabsichten, weshalb sie von keinem Arbeiter im Besitz gehalten werden. Das Werk auch die Leitung dieses Verbandes. Was sie selbst nicht fertig bringt, das verläßt sie jetzt auf dem Umwege über die Nazis an den Mann zu bringen. So kann man im „Freiheitstempel“ vom Montag unter Dresden einen Artikel mit der Ueberschrift „Arbeitsentwertung trotz Arbeitslosigkeit“ finden. Schon die Ueberschrift zeigt, auf was es den Nazis ankommt. Hier soll der Arbeiter begreiflich gemacht werden, daß er eben bei der großen Arbeitslosigkeit Lohnabbau einsehen muß und Arbeitsentwertung zur Verhinderung des Lohnabbaues nicht vorgenommen werden darf. Das geht insbesondere auch aus den dann folgenden Mitteilungen hervor. So heißt es in der Einleitung:

Der Deutsche Industrie-Schutzverband teilt uns mit: Im Reichsarbeitsblatt werden heute die vorläufigen Ergebnisse der Statistik über die Arbeitskämpfe im 2. Vierteljahr 1931 veröffentlicht. Trotz der Verschärfung der Wirtschaftspolitik in diesem Zeitabschnitt und trotz der Verdoppelung des Standes der Arbeitslosigkeit gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, ist die Zahl der Streiks ganz erheblich größer als im 2. Vierteljahr 1930. Dann folgt die Zahl der Streiks usw. Zum Schluß heißt es, um die Unternehmer nur möglichst im günstigsten Licht zeigen zu können: „Nur in 10 Fällen fanden Aussperrungen statt, die den Verlust von fast 50 000 Arbeitstagen verurteilten.“

Das alles bringt der „Freiheitstempel“ ohne Kommentar. Die Absicht ist klar, die Arbeiter sollen vor Streiks gewarnt und den Unternehmern ausgeliefert werden. Kann sich deutlicher die gelbe Rolle dieser Unternehmerrichter zeigen? Kein Arbeiter darf mit dieser Gesellschaft etwas gemein haben. Wer kämpft mit gegen Lohnabbau und Unternehmerwillkür, der gibt den Nazis den Fußtritt und reißt sich ein in die rote Klassenfront.

Rund 200 Lehrer auf Straßenplätzen

Wie sich die Notverordnung in Dresden auswirkt, das zeigt eine vorläufige Berechnung, aufgestellt von der „Sächsischen Schulzeitung“. Danach fallen weg: rund 1000 Verwaltungsstunden sind 34 Lehrer, weiter fallen weg 1600 wissenshaftliche und 100 Nadelarbeitsstunden, sind 54 wissenshaftliche Lehrer und 3 Nadelarbeitslehrerinnen. Die wissenshaftliche Lehrer und 3 Nadelarbeitslehrerinnen für die Kinder um Verabreichung der Wochenstundenzahlen für die Kinder um je zwei vom 1. bis 6. Schulfahr macht über 90 Lehrer überflüssig. Dieser Abbau aber bedeutet unerträgliche Verhältnisse für die Kinder der Schulverhältnisse. Dagegen muß mit aller Energie Front gemacht werden. Deshalb gilt es, die rote Klassenfront zu stärken zum Kampf gegen die Schulreaktion.

Wo die Devisen zu finden sind

In einem zur Zeit nicht bewohnten Landhaus in Rathewalde brach ein Feuer aus, das aber rechtzeitig bemerkt und gelöscht werden konnte. Es stellte sich schließlich heraus, daß Brandstiftung vorlag.

Der Brandstifter, der in das Haus eingedrungen war, sah einen größeren Posten Wäsche. Dabei fiel ihm eine Kassetten mit etwa 10 000 Mark Geld (Gold- und Silberdollars), die der Besitzer im Ofen versteckt hatte, in die Hände.

Schindler ist das Feuer erst nach glücklichem Diebstahl angelegt worden. Der Täter ist spurlos verschwunden.

Abbau der Hygiene in der Hygienestadt

Zwei Jahre hintereinander hatte Dresden eine Hygieneausstellung. Das Hygienemuseum soll Dresden einen letzten Aufschwung als Hygienestadt begründen. Wie es praktisch damit gesteuert ist, zeigt die Tatsache, daß gegenwärtig Volkshäuser in Dresden ge-

schlossen werden. So soll das städtische Zweigbad in Plauen, Gitterstraße, ab 1. November geschlossen werden. Dem Personal ist bereits gekündigt. Die alten gebrechlichen Leute, Kranken, Invaliden, Kriegsbeschädigten sollen nun, damit der Rat sparen kann, um ein Bad nehmen zu können 40 Pf. an Jahresbeitrag ausgeben. Würden sie diese 40 Pf. aufzubringen in der Lage sein, dann hätten sie wahrscheinlich auch nicht notwendig, sich mit der Brause begnügen zu müssen.

Die Schließung der Volkshäuser und damit Unterbindung lebensnotwendiger Bedürfnisse ist das Angeheuerlichste das sich der Rat leisten kann. Die Einwohner fordern dringend: Aufhebung des Beschlusses, Verhinderung der Schließung der Volkshäuser.

3 Massen-Kundgebungen

Heute Donnerstag, 15. Oktober, 20 Uhr

in Radeberg im Deutschen Haus, Redner: Genosse Ferlemann, MdL.

Freitag, den 16. Oktober, 19,30 Uhr

in Freital im Sächsischen Wolf, Redner: Genosse Selbmann, MdL. in Glashütte in der Goldenen Sonne, Redner: Genosse Jakobs, Leipzig.

„Kapitalistischer Niedergang - Sozialistischer Aufbau!“ Gestaltet diese Versammlungen zu wuchtigen Massenkundgebungen!

„Ob diese Auffassung nun richtig ist oder nicht...“

In einem Artikel in der Dienststammnummer besuchten wir uns mit dem Leitartikel der Dresdner Volkszeitung vom Sonnabend vergangener Woche, den ein „rgr.“, sicher Herr Grösch, Chefredakteur der Volkszeitung, geschrieben hatte. Wir zitieren den vorletzten und letzten Absatz dieses Artikels vollständig und konnten daran bemerken, daß die Dresdner Volkszeitung und die Führung der SPD sich mit der sozialistischen Herrschaft abfinden und diese trotz der Tatsache, daß eine sozialistische Herrschaft nach ihren eigenen Worten größere Opfer fordern würde, als die Zeit des Sozialistengesetzes, den Arbeitern empfiehlt, diese als unabänderlich hinzunehmen.

Diese Zeitstellung hat gelesen.

Deshalb steht sie sich gezwungen, geitern zu antworten. Wörtlich schreibt sie zu dem Artikel ihres Chefredakteurs, den sie zitiert:

„Ob diese Auffassung - nämlich die von Grösch vertretene -, daß eine sozialistische Regierung unabänderlich ist - richtig oder falsch ist, darüber läßt sich streiten.“

Ah, gute mal an! Um der Abrechnung mit den SPD-Arbeitern zu entgehen, wird die persönliche Schuld gesucht. Dieses Manöver verläßt heute nicht mehr. Ihrer kläglichen Argumentation vom Sonnabend fügt die Dresdner Volkszeitung eine neue, ebenso klägliche, völlig unmarxistische hinzu. Sie schreibt:

„Wer dagegen für die Auslieferung der politischen Macht an Hitler“ ist, wird sich in den nächsten Tagen bereits bei den Abstimmungen im Reichstag sehr deutlich zeigen. Die Stalin-Kreaturen haben bereits einen Mißtrauensantrag eingebracht. Sie werden Arm in Arm mit der „nationalen Opposition“, Arm in Arm mit der Hugenberg-Hitler-Reaktion für den Sturz Brüning's Himmen. „Hier steht jeder Arbeiter, wer für die Auslieferung der politischen Macht an Hitler ist...“

Also, Proletarier, das Werk der Befreiung der Arbeiter kann nicht mehr das Werk der Arbeiter selbst sein, wie uns das die Altkämpfer des Marxismus gelehrt haben, nein, solche Dinge sind nach der Ansicht der Dresdner Volkszeitung, und der Führung der SPD überholt, denn heute bedingt deine Befreiung nur noch Gröener und Brüning. Wirklich, offener können die

Wiesachsen

Werbeerfolge auf dem Lande! Die Arbeiter antworten den Volksfeinden durch Stärkung der Kommunistischen Partei!

Die Ortsgruppe Wildberg hat in der Großwerbekampagne von April bis 4. Oktober folgendes Ergebnis zu verzeichnen:

- 10 Parteiaufnahmen
- 20 Echo-Leser
- 1 Arbeiterstimmen-Leser
- 230 Broschüren verkauft

Bedenkt man unter welchen schwierigen Verhältnissen unsere Genossen auf dem flachen Lande zu arbeiten haben, so kann auch dieses Ergebnis als gut bezeichnet werden. Hinzu kommt noch, daß die Ortsgruppe Wildberg monatlich eine Ortszeitung mit einer Auflage von monatlich 120 festen Abonnenten herausgibt. Des Weiteren werden wöchentlich 15-20 Erwerbslosenzettel umgelegt. Außerdem Freidenk-literatur für den Verband proletarischer Freidenker.

In der von der KPD, Ortsgruppe Gittersee, veranstalteten Werbeweche vom 5. bis 10. Oktober, die am Sonnabendnachmittag durch eine Werbedemonstration für Partei und Presse abgeschlossen wurde, haben wir folgende Resultate erzielt:

- 10 Aufnahmen für die Partei
- 1 Aufnahme für den Kampfbund gegen den Faschismus
- 53 Leser für das Volkscho
- 4 Leser für die Arbeiterstimme.

Außerdem wurden bei dem Werbezug des Gitterseer Tambourzuges und der Freitaler Schalmeienkapelle verkauft:

- 40 Arbeiterstimmen
- 34 WZ und 30 Gaujaren.

Weiter so Genossen! Dieses Resultat muß ein Aufsporn sein zur unermüdbaren Arbeit für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats.

Hitler-Riesenpleite der Wilthener Faschisten

Am Montag dem 26. September wurde in Wilthen eine Rassenversammlung im Erdgericht abgehalten, die zu einer großen Pleite wurde. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag heften die Wilthener Nazis auf der Straße ihre marxisch-reaktionären Parolen angebracht. Unter anderen: „Montag Hitler-Riesen-Kundgebung“. Die Nazis scheinen schlechte Propheten zu sein, ganze 60 Mannchen kamen zur Hitler-Riesen-Kundgebung (Pleite). Die konnten die Nazis eine Pleite machen. Pleite ist doch ein jüdischer Ausdruck. „Jude verreckt, aber gib uns vorher dein Geld“ ist die Parole der Nationalsozialisten. Als Redner sprach ein ehemaliger Führer der Hitlerjugend, der angeblich sechsmal von Kommunisten überfallen wurde. Das ist Effekthascherei.

Das Thema war ein sehr verhängnisvolles, nämlich: „Die letzte Kuh aus dem Stalle wird gefändert“. Die Nazis haben ein sehr schlechtes Gedächtnis, wir helfen gern ein bißchen nach. Die Nazis haben in der Landwirtschaftskammer die absolute Mehrheit, trotzdem wird dem Bauer die letzte Kuh aus dem Stalle gefändert. Damit schlagen sich die Nazis selbst auf's Maul, sie wollen doch den Kleinbauern helfen, wollen die Kleinbauern schämen vor Pfändungen und Zwangsversteigerung. Wo sind die Versprechungen? Hand in Hand mit den Junkern und Großbesitzern kann man keine Hilfe den Kleinbauern bringen. Die Nazis wollen alles fressen, beweisen aber, daß sie keinen Zahn im Mause haben. Sie entzaren sich selbst als Maulau-

Der Bankrott der SPD wird sichtbar

Werbefolonen sollen der bankrotten Pirnaer Volkszeitung zu neuem Leben verhelfen

Die sozialdemokratische Presse (Dresdner Volkszeitung und ihre Ableger) lesen täglich alles davon, um die Kommunistische Partei, die revolutionäre Bewegung totzuschreiben. Erst in den letzten Tagen brachten sie einen „objektiven“ und wahrheitsgemäß sein sollenden Bericht eines ihrer Epigonen, aus dem unser völliger Bankrott hervorgeht. Daß die SPD-Redaktionen nur damit ihren eigenen Bankrott vertuschen wollen, daß zeigt am besten die Tatsache, daß sie jetzt alles daran setzen, um die ihnen davongelaufenen Leser wieder zu gewinnen. So fiel uns jetzt folgendes Schreiben in die Hände:

Werter Genosse! (Adresse)

In den nächsten Tagen trifft eine Werbefolone bei uns ein, die wir vor längerer Zeit mit der Werbeabteilung beim Parteivorstand festgelegt hatten, um neue Leser heranzutreiben. Die Folone besteht selbstverständlich nur aus guten Genossen, die mit lauterer Methoden arbeiten werden.

Wir hoffen, daß unsere Funktionen und Korrespondenzen mit den Genossen, falls sie Ihre Unterstützung benötigen, im Interesse der Bewegung gut zusammenarbeiten.

Pirna, 10. Oktober 1931.

Mit Parteigrüß „Volkszeitung Pirna“
ges. P. Florjäh.

Dieses Schreiben zeigt einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Schwindsucht elend am Mark der SPD zehrt. Besonders herausgelacht, mit Redotalent versehene Genossen sollen nun das Verlorene zurückgewinnen. Die tausende und abertausende ehrliche Arbeiter, die, ob des Klassenverrates der SPD empört, deren Reihen verlassen und zur Kommunistischen Partei, zur Führerin der revolutionären Kämpfe, zur Führerin der roten Klassenfront gestoßen sind, haben ihnen die Antwort gegeben. Die Werttätigen werden dieselbe Antwort zu finden wissen, seinen Pfennig für das gegenrevolutionäre Gift, das in den sozialdemokratischen Zeitungen verspiert wird, alles für die Stärkung der roten Klassenfront. Die Werttätigen lesen nur die „Arbeiterstimme“ und das „Volkscho“.

Achtung, Ortsgruppen des Kampfbundes!

Wie wir aus dem faschistischen Nazi-Organ, dem „Freiheitskampf“, feststellen können, verwenden die Nazis einen gewissen P. Reuter, Dresden, als Referenten in öffentlichen Versammlungen gegen uns. Dieser Reuter war einige Monate Mitglied der Landesleitung des Kampfbundes (Laudobmann). Er wurde von uns wegen organisationschädigendem Verhaltens

Wo find die SPD-Führer gelandet?

Die Freiburger SPD-Führer hatten es vorgezogen, der von der KPD einberufenen Versammlung, in welcher der von der SPD zur KPD übergetretene Schriftsteller Lehmann-Camari sprach, trotz Einladung zur Diskussion fernzubleiben.

In der Volkszeitung vom 5. 10. richteten die SPD-Führer eine „offene Antwort an die Freiburger KPD-Ortsgruppe“, in der sie zum Ausdruck bringen, daß die Kommunisten mit einem neuen Trick verfahren wollten, ihre Versammlungen zu füllen. Am Schlusse ihrer „offenen Antwort“ forderten sie die SPD-Arbeiter auf, dieser Versammlung fernzubleiben.

Die Wittig, Müller, Barthel, Tempel haben kein Glück gehabt. Der Saal war voll besetzt. 800 Besucher waren der Einladung gefolgt, darunter eine große Anzahl von SPD-Arbeitern, mit denen wir in der Pause diskutierten und zwei von ihnen für die Partei gewinnen konnten.

Am 8. 10. erhielt die Freiburger Volkszeitung unter der Überschrift: „Bei Lehmann-Camari, dem Befehrien“ einen so schmutzigen Drecksbericht, wie er nur von vollkommen in der Gasse gelandeten Subjekten möglich ist. In diesem Schmutzbericht heißt es u. a.:

„Lehmann (man ist verleitet, sein schwindelhaftes Figürchen zu bemitleiden) ist kein Redner. Vernünftigerweise lehnt die einheimische SPD eine Debatte mit Camari ab. Er hätte auch nicht mitgekommen, sachlich nicht und stimmlich nicht, denn trotz Wasserglas und abgedundener Krage war der kleine Pult-Revolutionär fertig...“

In diesem Tone lacht die feige Gesellschaft aus dem Hinterhalt zu Klassen. „Schwindelhaftes Figürchen“ — wahrscheinlich gehört es in der SPD zur Würde eines Politikers, mit vollgefrachten Bonzenbüschen vor den hungrigen Proleten aufzutreten. Erbärmliche Drecksereien, die ganz ihrer Partei wert sind.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich mit Ekel von dieser schmutzigen Gesellschaft abwenden. Mit Leuten, die einmal zu feige sind, politisch vor aller Öffentlichkeit ihre Politik des Klassenverrats zu verteidigen und dann weiter nichts fertig bringen, als ihre Gegner mit der Proletarierkrankheit, die wie eine freßende Seuche von einer Wohnung zur anderen kriecht,

zu verhöhnen, darf es keine Gemeinschaft, weder politisch noch gesellschaftlich, mehr geben.

Im ganzen Reich vollzieht sich der Zerlegungsvorgang in der SPD. Zu Tausenden kommen die SPD-Arbeiter zur roten sozialdemokratischen Arbeiter werden sich auf die Dauer vom falschen schmutzigen Elementen nicht mehr führen lassen und den Weg zur KPD finden!

„Das Parlament hat nichts zu sagen!“

Reichenau. Der verklärte sozialistische Kurs liegt im Brauch in der letzten öffentlichen Gemeindevorstandssitzung. Zu der vorgenannten Herabsetzung der im Haushaltplan vorgesehenen Kosten, wie Kühlung der Arbeitstätte und Schließen der Ausgaben für Schule und Ferienübertragungen usw. gab es keine Meinungsäußerungen in diesen Punkten ausgesprochen. Gen. Böhmer beleuchtete die Methoden der herrschenden Klasse in der Gemeindepolitik. Mit der Motivierung, daß kein Geld im Mittelhaushalt der Ablehnung. Gleiches widerfuhr dem Bericht der Arbeitslosenbeiräte. Eintrittskartensteuer-Ertrag sei ein Mittel zur Unterstützung der Arbeiter durch freiwilligen Arbeitsdienst zur Ordnung. Gen. Böhmer nahm diesen Punkt zum Anlaß, um die Zwangsarbeit einer vernichtenden Kritik zu unterziehen. In Unterstufung sollarbeit zu leisten. In der Abstimmung verlor der freiwillige Arbeitsdienst mit Stimmengleichheit der Ablehnung.

Werttätige! Kämpft mit der KPD gegen Zwangsarbeit und Sozialreaktion, für die Durchführung des roten Selbsthilfeprogramms! Lebt die Arbeiterstimme und das Volkscho!

Arbeiterzeilner! Wo warsi du am Dienstag Treffen jeden Dienstag, 19 Uhr Falkenstr. 8 (Selteneck)

Konferenz der Metallarbeiter des UB Dresden
am Sonntag dem 18. Oktober, 9 Uhr, in der
Bayrischen Krone, Neumarkt. Alle Betriebe
müssen vertreten sein.

Der ehemalige Nazi-Betriebszellenobmann Hensel
spricht am Freitag dem 16. Oktober, 20 Uhr, in
den Blumensälen.

Amnestie-Kundgebung
am Freitag dem 16. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus
Pirna. Rote Hilfe, Ortsgruppe Pirna.

Auskunft Rat und Hilfe ?

Auskunft, Rat und Hilfe erhält jeder Werttätige

Montags, Mittwochs und Freitags 17 bis 19 Uhr in der
Redaktion; in juristischen Fragen nur Freitags 18 bis 19 Uhr
Montags und Donnerstags ab 15.30 Uhr durch die kommunistische
Stadtverordnetenfraktion im Neuen Rathaus, Krup-
straße 8, 2. Stod, Zimmer 286.

In Versicherungs-, Renten- und Kriegsbeschädigtenfragen
Dienstags und Freitags von 14 bis 19 Uhr im Büro des Inter-
nationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit,
Kleine Brüdergasse.

Ueber Arbeitslosen- und Arjenunterstützung durch den So-
zialwissenschaftler, Poppitz 18, tägl. von 9 bis 13 Uhr.
In Fürsorge- und Jugendfragen Dienstags und Freitags
von 13 bis 15 Uhr im Büro der JAH, Poppitz 18.

Von der Kulturfront Stellungstose Lehrer

Wagen. Vom Rat der Stadt wird eine Ausstellung der
durch die Notverordnung zur Entlassung kommenden Lehrer
bekannt gegeben. Danach werden an den städtischen Schulen 125
Wochenstunden entbehrlich. Deshalb Allegan an den höheren
Schulen 5 Haupt-, 6 nebenamtliche und 29 nebenberufliche Lehr-
kräfte. An den Volkshäusern werden 7 nicht ständige und 4 Aus-
hilfslehrer davon betroffen. So geht es immer weiter rückwärts.
Nur der Sozialismus kann dem kulturellen Abbau Einhalt ge-
bieten.

Warum Freier Radio-Bund Deutschlands?

Weil es dringend notwendig geworden ist, der kulturell-faschistischen Flut einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Die Situation im Rundfunk ist heute so, daß es für die Werttätigen höchste Zeit ist, sich gegen die zunehmende geistige Vergewaltigung zu wehren. — Ja, aber dazu ist doch schon der Arbeiter-Radiobund Deutschlands da! Er ist da, Genossen, aber das ist auch schon alles. Er hat auch schöne revolutionäre Söhne, aber sie stehen leider nur auf dem Papier. Im übrigen besitzt der Vorstand der Dresdner Gruppe ein künstlerisch ausgeführtes Diplom über seine erprobte Zusammenarbeit mit der Wrag. Sonst ist festzustellen, daß der ARB auf seinen Vorbeeren sonst schlummert und im großen und ganzen als Postleerlein dahinsvegetiert. Das genügt nicht.

Wir müssen deshalb unsere Sache selbst in die Hand nehmen. Wie sieht es mit den Interessen der Arbeiterschaft im Rundfunk aus? Was bietet die Wrag dem zahlreichen Industrie-proletariat des mitteldeutschen Industriebezugs? Ein Blick auf das Programm lehrt es: Religiöse Morgenfeiern, Vorträge und Oratorien, salbungsvolle Vorträge, Kammermusik bis zum Erbischen, Sinfoniekonzerte, Predigten usw. Zur Abwechslung wird in gewissen Abständen der Hörer über die Sowjetunion „aufgeklärt“. Von Leuten, versteht sich, die Rußland nie gesehen haben.

Proletarische Schriftsteller und Dichter hört man nie. Das dies aber möglich wäre, zeigt z. B. die Uebersendung des Hörspiels „Treibjagd“ von G. W. Pflast in Breslau. Ebenso war der Verfasser des proletarischen Romanes „Sturm auf Essen“, Marz-wika, im Juni in Langenberg zu hören. Aber, wie gesagt, es kommt reichlich selten vor.

Wie sieht es denn nun mit der Betätigung des Proletariats auf dem Gebiete der kurzen Wellen? Davon wird der werttätige Rundfunkamateur geistlich ferngehalten. Dieses bleibt den im Deutschen Amateur-Sendebund (DASD) zusammenge-schlossenen bourgeois und faschistischen Kreisen vorbehalten. Der DASD ist seinerseits wieder der International Amateur-Radio-Union (IARU) mit dem Sitz in Harford (Conn., USA) korporativ angeschlossen. Man sieht, viele Herrschaften, welche das Nationalgefühl in Erbschaft haben, können auch recht international sein, wenn es ihnen in den Streifen paßt. Der im

reformistischen Fahrwasser schwimmende Arbeiter-Radiobund hat sich dieser Bewegung schon ziemlich genähert. Wir werden zur gegebenen Zeit über dieses Verhältnis noch näher berichten.

Welche Schlussfolgerungen zieht der proletarische Rundfunk-Amateur und Hörer aus diesen Tatsachen?
Er sieht, daß die einzig wirksame Maßnahme nur im Zusammen-schluß der interessierten proletarischen Kreise im Freien Radiobund Deutschlands e. B. bestehen kann.

Schärfsten Kampf der sich immer mehr dreimachenden Rund-fundreaktion, der Mundtotmachung der proletarischen Intelligenz und der Fernhaltung des werttätigen Kurzwellenamateurs von der Betätigung auf dem Gebiete der kurzen und ultrakurzen Wellen! Wir fordern:

1. Errichtung von Arbeiterfernern;
2. Proletarische Ausgestaltung des Rundfunk-Programms;
3. Arbeiter-Sendebünden der JAH;
4. Aufhebung der arbeitserfindlichen Rundfunkgenur;
5. Freigabe der Kurzwellenfradung auch für den proletarischen Amateur;
6. Herabsetzung der Rundfunkgebühren;
7. Kampf gegen den Monopolismus der Funkindustrie.

Deute ist der Rundfunk noch ein Instrument zur Ablenkung der Werttätigen vom Kampf um ihre wirtschaftliche und kulturelle Befreiung.
Kämpft mit uns damit der Rundfunk das Sprachrohr der arbeitenden Völker werde!
Schreibt euch dem Freien Radiobund Deutschlands e. B. an!
Schriftliche Anfragen sind zu richten an: Kurt Gammert,
Dresden-R., Trautenbergstr. 47.

Achtung, Betrüger und Schwindler!
Ein Betrüger unter dem Namen Müller, versehen mit falschen Ausweisen der Landesleitung Sachsen (Schubertstr. 20) reist im Lande umher (zuletzt im Plauenener Bezirk) und hebt die Gelder, die für die Landesleitung bestimmt sind, bei den Ortsgruppen ab. Wo er auftritt, ist er sofort festzunehmen und der Polizeibehörde zu übergeben. In welcher Ortsgruppe er im Kampfbundstempel gestohlen worden?

Schmiedet die Kampffront!

Bereitet den Kampf an allen Dienststellen im Reichsbahnbetrieb vor / Schafft Kampfausschüsse gegen Lohnraub und Streikbruch

Am Sonntag dem 11. Oktober tagte in Leipzig die Bezirkskonferenz der RUD-Eisenbahner Sachsens, auf der 50 Vertreter aus allen Teilen Sachsens in ersten Beratungen Kampf vorbereitungen gegen den neuen drohenden Lohnabbau trafen, um die Eisenbahner in die Kampffront gegen die Lohnräuber und die sie stützende schwarzweißroter Bürokratie einzurücken.

Der Landesleiter der Industriezweige der Eisenbahner Sachsens kennzeichnete die innerpolitische Lage in Deutschland mit dem RS in diesen Tagen zeigenden Kurs nach rechts. Die Weisung-Regierung Nummer 2 ist ein weiterer Schritt zur Abschaffung der kapitalistischen Staatsgewalt, deren Bildung gibt aber auch gleichzeitig die Angst der herrschenden Klasse vor der anstehenden revolutionären Welle.

Die neue Kampfpartei, die der wachsenden Rebellion in den Reihen der SPD entsprang, ist lebhaft eine Barriere gegen den wachsenden Einfluss des Kommunismus. Symptomatisch für die internationale Lage ist der Sturz der englischen Währung, die eine Panik auch in den anderen kapitalistischen Ländern ausgelöst hat, die sich in einem verstärkten Sturm auf Banken und Sparkassen äußert. Als einzigen Ausweg aus dieser Situation sieht der Kapitalismus die Verstärkung der Notverordnungen, mit deren Hilfe weitere Sparmaßnahmen und neuer Lohnraub auf Kosten der wertvollen Massen durchgeführt werden sollen.

Ingeheuer ernste Aufgaben stehen vor der RPD und der RUD. Hundertfach muß die Arbeit gesteigert werden, alle Kräfte gilt es anzuleiten, um die Arbeiterschaft gegen Lohnraub und sich ständig steigende Ausbeutung zu mobilisieren.

Die Versuche der Gewerkschaftsbürokratie, die Arbeiterschaft durch tabuläre Phrasen einzulullen, werden von der Arbeiterschaft mehr und mehr abgelehnt. Die jüngst stattgefundene Tagung des reformistischen Einheitsverbandes der Eisenbahner hat nichts als Vorbereitung neuen Verrats an den Eisenbahner gebracht. Durch schamlose Entlassung der Schiffel und Co., mit deren Hilfe den Eisenbahner erneut die Löhne abgebaut werden sollen, gilt es den reformistischen Einfluss zu brechen. Unter großem Beifall richtete der Redner einen Appell, jetzt in allen Dienststellen vorzutreten und alle Kräfte zur Mobilisierung der Eisenbahner einzuleiten, an die Anwesenden.

Ein Mitglied der Reichsleitung ergänzte die Ausführungen auf die Situation und die sich daraus ergebenden Angriffe des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Seinen beifällig aufgenommenen Ausführungen folgten zwölf Beschlüsse, die einmütig ihre Enttäuschung über den Verrat der Eisenbahnerbürokratie Ausdruck geben. Die Konferenz ist sich einig, daß alle Versuche, die Lebenshaltung der Eisenbahner zu verschlechtern, mit verstärkter Aktivität, mit gesteigerter Wehrung für die RUD beantwortet werden müssen, um auch in den Orten und Dienststellen, wo die RUD bisher noch nicht eingedrungen ist, Stützpunkte zu schaffen. Es wird weiter betont, daß nicht mehr auf einen Schiedsspruch gewartet werden darf, daß vielmehr alle Verluste der Dienststellenbehörden, Verschleissungen durchzuführen, mit offenen Kampfmaßnahmen beantwortet werden müssen.

Die der Diskussion folgenden Schlusssätze beider Referenten betonten nochmals die Ergebnisse der Diskussion und stellten die unmittelbar vor den Eisenbahner stehenden Aufgaben in den Vordergrund. Die Konferenz war ein Alarmruf an die Eisenbahner. Diesen Alarmruf gilt es jetzt hinauszutragen in alle Dienststellen, Werkstätten und Bahnhöfe, um in breiter Front alle Kräfte zur Abwehr des Lohnraubs durch die Reichsbahnverwaltung und die mit ihr auf Gebüh und Gehör verbundene Gewerkschaftsbürokratie. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen:

An alle Eisenbahner Sachsens!

Die Eisenbahnverwaltung hat das Lohnabkommen der Eisenbahner zum Zwecke der Durchführung eines erneuten Lohnabbaus gelündigt. Der neue Lohnabbau-Versuch stützt sich auf die Bestimmungen der Notverordnung der Reichsregierung vom 4. Juni 1931. Diese Notverordnung, auf Grund welcher bei den unteren und mittleren Beamten bereits ab 1. Juli d. J. ein Gehaltsabbau erfolgte, schreibt vor, daß bei den Lohnbediensteten im Durchschnitt ein Abbau der Tariflöhne um 5 Prozent durchgeführt werden soll. Außerdem soll der Kinderzuschlag für ein Kind, das über 3 Pfennig die Stunde, wegfallen. Außerdem ist der 6 des VWB gelündigt worden. Die Verwaltung beabsichtigt neben dem Abbau des Tariflohnes und des Kinderzuschlages auch die Ortslohnzulagen abzuhauen. Damit ist zum erneuten Schlags gegen die Lebenshaltung der Eisenbahner ausgeholt worden.

Die am 11. Oktober d. J. in Leipzig tagende Bezirkskonferenz der RUD-Eisenbahner Sachsens hat zu dem Stand der Abwehrvorbereitung Stellung genommen. Die Konferenz stellt fest, daß die RUD bereits beim Erscheinen der Notverordnung im Juni und auf Grund der allgemeinen Lage die Eisenbahner auf die

Gefahr des erneuten Angriffes auf die Lebenslage der Eisenbahner aufmerksam machte und den einzig richtigen Weg der Verhinderung eines weiteren Lohnabbaus aufzeigte. Die Berg- und Hosenarbeiter und viele andere Arbeitergruppen haben unter der Führung der RUD durch die Anwendung des Streiks gegen den Lohnabbau den Eisenbahner den einzig richtigen Weg zur Verhinderung des weiteren Lohnabbaus gezeigt. Es gibt kein anderes Mittel zur Verhinderung des Lohnabbaus und weiterer Verschlechterungen wie den Streik.

Die Bürokratie der GDE, des UEB usw. unter der Führung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat alle Mittel angewandt, um die Eisenbahner von den Kampf vorbereitungen unter Führung der RUD abzuhalten. Die Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen hat durch ihre Parteilichkeit den Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Einberufung des Reichstages mit dem Ziel auf Aufhebung der Notverordnung, auf Grund welcher den Eisenbahner der Lohn abgebaut werden soll, abgelehnt. Schon damit allein hat die Bürokratie dokumentiert, daß sie für den Lohnabbau ist. Jetzt, nachdem die Kündigung des Lohnabkommens erfolgt, versuchen sie durch verschiedene Manöver die Eisenbahner von dem Kampf abzuhalten. Sie wenden sich mit Bittgesuchen an die Regierung und führen

ins Feld, daß die Notverordnung gegen die Verfassung verstößt. Sie wollen, genau so wie bei den Fehlerschichten, die Rechte der Eisenbahner „bei den Arbeitsgerichten“ geltend machen.

Die Eisenbahner müssen erkennen, daß all diese Maßnahmen eckende Manöver sind, um sie vom richtigen Weg abzuhalten. So wie die Gewerkschaftsbürokratie zu allen bisherigen Lohnabbau-maßnahmen der Verwaltung ihre Zustimmung erteilt hat, wird sie auch diesmal nichts unternehmen, um den Lohnabbau zu verhindern. Das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie bei den Berg- und Hosenarbeitern bestätigt das. Dort forderte sie zum Streikbruch gegen die streikenden Arbeiter auf und organisierte denselben.

Die Konferenz richtet an die Eisenbahner den Appell: Kein Fünfteln Vertrauen zu diesen Verrätern! Nur durch die Herstellung der Einheitsfront aller Eisenbahner zum Kampf kann der Lohnabbau verhindert werden.

Wir fordern euch auf, auf der Grundlage der Forderungen gegen jede Entlassung und Fehlerschicht, für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden den Tag und 40 Stunden die Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich, Beseitigung der Dienstaufbau-Vorkehrungen und den Abbau der Gehälter der höheren Beamten und Direktoren.

Werkstätige Bauern!

Die Landwirtschaftskammer, in der die Nazis die absolute Mehrheit haben, hat sich in ihrer nichtöffentlichen Sitzung am 9. Oktober für den zwangsweisen Zusammenschluß der sächsischen Milchzeuger ausgesprochen. Die Nazis haben die bisherige Politik der Landwirtschaftskammer voll und ganz unterstützt und ausgeführt. Jetzt wenden sie sich gegen den Zwangszusammenschluß. Das ist eine infame Demagogie!

Geht alle bis zum 15. Oktober zu eurer Gemeindebehörde und erklärt dort zu Protokoll, daß ihr euch der Milchzwangswirtschaft, dem Milchzeugerverein nicht anschließt!

Versäumt diesen Termin nicht! Nehmt überall Stellung gegen die Milchdiktatur!

Schiedsschiedsspruch für Papierarbeiter gefällt!

Gewerkschaftsbezogen erneut für Lohnabbau / Antwortet mit Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub

Im Lohnkampf der sächsischen Papierarbeiter fällt der Schlichter einen Schiedsspruch, der die Hungerlöhne der Papierarbeiter erneut um 4 Prozent kürzt und den Wünschen der Papierindustriellen damit entgegenkommt. Wie wir schon voraus sagten, haben auch hier die Bürokraten des Fabrikarbeiterverbandes nichts unternommen, um die Papierarbeiter vor neuem Lohnraub zu schützen.

Wie uns aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, hat eine Konferenz des Fabrikarbeiterverbandes, die am Sonntag in Chemnitz stattfand, und zu der Vertrauensleute der einzelnen Firmen anwesend waren, den Schiedsspruch zur Annahme empfohlen. Weiter soll dort der Beschluß gefaßt worden sein, in den Betrieben eine Abstimmung über die Annahme des Schiedsspruchs durchzuführen. Diese Abstimmung soll aber nur unter den freiwillig gewerkschaftlich organisierten vorgenommen werden. Man will also dadurch große Teile der Papierarbeiterchaft gegeneinander auspielen, damit die Unternehmer den laßenden Dritten spielen können. In allen Betrieben muß aufs Schärfste protestiert

werden gegen diese hinterlistigen Maßnahmen der Lohnabbau-bürokratie. Den Papierarbeitern ist erneut vom Fabrikarbeiterverband der Beweis geliefert worden, daß die Wogen gar nicht daran denken, die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Mit radikalen Redewendungen soll der erneute Lohnraub den Papierarbeitern schmachhaft gemacht werden.

Dagegen gilt es, jetzt Sturm zu laufen und den Verrätern die Antwort zu geben. Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub unter Führung der RUD muß die Lösung der sächsischen Papierarbeiter werden. Schon nehmen einzelne Belegschaften mit Enttäuschung Kenntnis von dem neuen Verrat auf ihre elende Lebenshaltung und bereiten die Kampffront vor. Einheitslich und geschlossen müssen die sächsischen Papierarbeiter den Unternehmervorstoß wie den Benzonoeratt durch Kampf zurück schlagen. Sinein in die RUD, die allein den Kampf gegen die wachsende Verelendung führt! Kämpft unter den Fahnen der RPD gegen den Hunger, für das rote Selbsthilfeprogramm!

Bauarbeiter! Aufgepaßt!

Der Reichsarbeitsminister hat mit Wirkung vom 1. September 1931 den Reichstarifvertrag für Holz-, Beton- und Tiefbauarbeiter für allgemeinverbindlich erklärt.

Zu gleicher Zeit jedoch ist die Allgemeinverbindlichkeits-erklärung der Reichslohnstarife durch dasselbe Reichsarbeitsministerium mit nachstehender Begründung abgelehnt worden:

„Von der Allgemeinverbindlichkeitsklärung der Reichslohnstarifverträge des Baugewerbes sehe ich ab, da ich es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für angeleglich erachte, die darin vereinbarten Löhne im Wege staatlichen Zwanges durchzusetzen. Ich bitte Ihre Unterverbände, deren Anträge ich hierdurch als erledigt ansehe, zu versändigen.“
gez. Dr. Stegerwald.“

Hinzu kommt noch, daß von der Allgemeinverbindlichkeits-klärung abgesehen große Arbeitergruppen des Baugewerbes (z. B. Straßenbauarbeiter, Asphaltierer, Steinseher usw.) aus-

genommen sind. Insbesondere sind ausgenommen alle Bauarbeiter, die von Seiten öffentlicher Arbeitgeber beschäftigt werden.

Der § 11 des Reichstarifvertrages ist ebenfalls von der Allgemeinverbindlichkeitsklärung ausgenommen. Es sind also überall betriebliche und örtliche Lohnabbauangriffe der Unternehmer zu erwarten.

Die reaktionäre sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie unterstützt die Offensive der Lohnräuber, indem sie die Arbeiter auffordert, nicht „nervös“ zu werden.

Bauarbeiter, Alarm! Jetzt fertigmachen zum Kampf auf allen Baustellen! Jetzt muß die rote Einheitsfront aller Bauarbeiter ausgerichtet, jeder neue Angriff der Unternehmer mit dem sofortigen Kampf beantwortet werden!

RUD-Streifkug in Hagen

Hagen, 1. Oktober. (Eig. Meldung.) Die Belegschaft von Turmeyer trat am Sonnabend erneut in den Streik, weil die Firma die der Belegschaft zugestanden Löhne und Tarife nicht mehr anerkennen wollte. Nach erneuter Verhandlung wurde die Firma abermals gezwungen, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, u. a. letzten die Kollegen durch, daß der Lohnabbau von 6 Prozent nicht vor Dezember durchgeführt werden soll. Doch die Belegschaft ist nicht gewillt, im Dezember den Lohnabbau hinzunehmen. Deshalb finden in dieser Frage nochmals Verhandlungen mit der Firma statt.

Lohnverhandlungen im nieder-sächsischen Bergbau gelheitert

L.-L. Waldenburg, 14. Oktober. Am 30. September hatte der Grubenverband Waldenburg den Lohnstarif für den nieder-sächsischen Steinkohlenbergbau mit dem Ziel der Lohnherabsetzung gelündigt. Am Dienstag fanden Verhandlungen zwischen den Grubenunternehmern und den Bergarbeiterorganisationen statt. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, teilten die Arbeitgeber mit, daß sie sich den Forderungen der übrigen Bergbauvereine auf einen 12prozentigen Lohnabbau anschließen, darüber hinaus forderten sie ein weiteres 7prozentige Lohnsenkung nur eine solche von 5 v. H. bewirkt werden sei. Da die Arbeitnehmer sich ablehnend verhielten, sind die Verhandlungen gescheitert, so daß der Schlichter angerufen werden wird.

Verantwortlich für Verfasser: Otto Götzel, Dresden; für Vertrieb mit Ausnahme der Zustellgebiete, Dresden, Chemnitz, Sport, Nabis und Arbeiterkultur: Gerhard Gröbe, Dresden; für Zustellgebiete: Karl Weisker, Berlin; für Reklame und Reportagen: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schnaub, Dresden.

Streif der Seeleute dehnt sich weiter aus

Gesamterverband schickt Spindel in die Bremerhavener Streikleitung / Stahlhelm vermittelt Streikbrecher

Der Seeleutestreif verschärft sich täglich. Bis zum 11. Oktober waren 182 Schiffe an der Streikaktion beteiligt. In den Häfen und Danzig 92, im Ausland 70. In Hamburg wurde in einer Massenversammlung am 11. Oktober beschlossen, den Kampf verstärkt weiterzuführen. In Stettin ist es dem Einheitsverband gelungen, eine Reihe von Schiffen hinzulegen und die Einheitsfront mit den im Gesamtverband organisierten Seeleuten herzustellen. Die Anmusterung auf den Feuerstellen ist unterbrochen worden. In Rendsburg trat der Dampfer „Amrun“ in Streik. Die Hosenarbeiter erklärten sich mit der Belegung solidarisch und verweigern die Voharbeiten.

In Liverpool sind weitere deutsche Schiffe hinzugelegt worden. Auch die bürgerliche Presse meldet, daß sich die englischen Hafenarbeiter mit ihren deutschen Kollegen solidarisch erklärt haben. Sie haben gemeinsame Streikkomitees mit deutschen Seeleuten gebildet.

Am 17. und 18. Oktober finden in allen Stadtteilen und Instruktorgebieten die

Wochenendschulen für Funktionäre

statt. Thema: „ADGB und RGO.“ Die Lokale sind sofort an die UBL zu melden. UBL Dresden.

In der Sowjetunion liegen insgesamt 38 deutsche Schiffe geschlossen im Streik, davon 36 in Leningrad und 2 in Odessa.

In Antwerpen streiken die Dampfer „Leipton“ und „Artushos“. Dort wurde ein Beschluß gefaßt, daß sämtliche deutschen Schiffe beitreten werden. In Rotterdam sind 17 Schiffe im Streik. In Kopenhagen streiken die Mannschaften von 10 deutschen Schiffen.

Der Gesamtverband spielt in diesem Streik eine erbärmliche Rolle. Er isoliert nicht nur die Beschäftigten seiner Mitgliedschaft, indem er den Seeleutestreif als wilden Streik erklärt, er bedient sich sogar der verächtlichen Spindelmethoden, um ehrsüchtige, revolutionäre Seeleute an Polizei und Unternehmer zu verraten. So war es in Bremerhaven gelungen ein Mitglied als Spindel in die zentrale Streikleitung einzuschmuggeln. Wichtige Unternehmungen der streikenden Seeleute wurden dadurch dem Gesamtverband verraten der sofort keine Informationen an die Polizei weiterleitete. Diese dunklen Elemente sind inzwischen aus der Streikleitung entfernt worden.

Die Leitung des Stahlhelms fordert seine Mitglieder auf, sich, soweit sie Seeleute sind, dem Streik zur Verfügung zu stellen. So steht die Einheitsfront der National- und Sozialistischen aus.

Rund um den Erdball

Achtung! Jetzt steigt die Brandstiftungshetze!

Ostpreußens Scheunen in Flammen

Allein am Dienstag neun Brände — „Terrorakte gegen die Ernte!“, heißt die bürgerliche Presse

Königsberg, 14. Oktober. Hugenbergs Telegraphenunion meldet: „Zeit Einbringung der Ernte mehren sich die Meldungen von Brandstiftungen in der Provinz. Bevorzugt scheinen Dörfer zu sein, die in der Nähe von Städten liegen. In erster Linie sind es Scheunen und Ställe, die in Flammen ausgehen. Allein am Dienstag wurden neun Brände gemeldet, die in der Mehrzahl auf Brandstiftungen zurückzuführen sind. Der Bevölkerung hat sich eine erhebliche Erregung bemächtigt.“

In der Nähe von Königsberg, so meldet Hugenbergs weiter, brannte ein Anwesen völlig nieder. Ganz besonders schwer heimgesucht scheint die Gegend um Rastenburg zu sein. Allein in der Gemeinde Alt-Rosenthal hat es seit der Ernte fünfmal gebrannt. Auf einem Gute wurden in der letzten Nacht zwei riesige Strohschöder angezündet. In der gleichen Gegend gingen bei einem Besitzer Scheune und Stall in Flammen auf. Am Dienstagfrüh brannten ferner zwei Gehöfte nieder. Innerhalb von zehn Tagen ist dies die dritte Brandstiftung in der allerersten Umgebung Rastenburgs.

Ähnliche Meldungen kommen aus dem Landkreis Allenstein. Dort waren in der letzten Nacht drei Brände gemeldet, von denen zwei zweifellos auf Brandstiftung zurückzuführen

sind. Auch in der Gegend von Marienwerder wurden die Scheune und der Stall eines Besitzers niedergebrannt. Auch die Reidenburger Erde wird von Brandstiftern heimgesucht. Es scheint, als lägen Terrorakte vor, wobei es die Täter auf die Ernte abgesehen haben.“

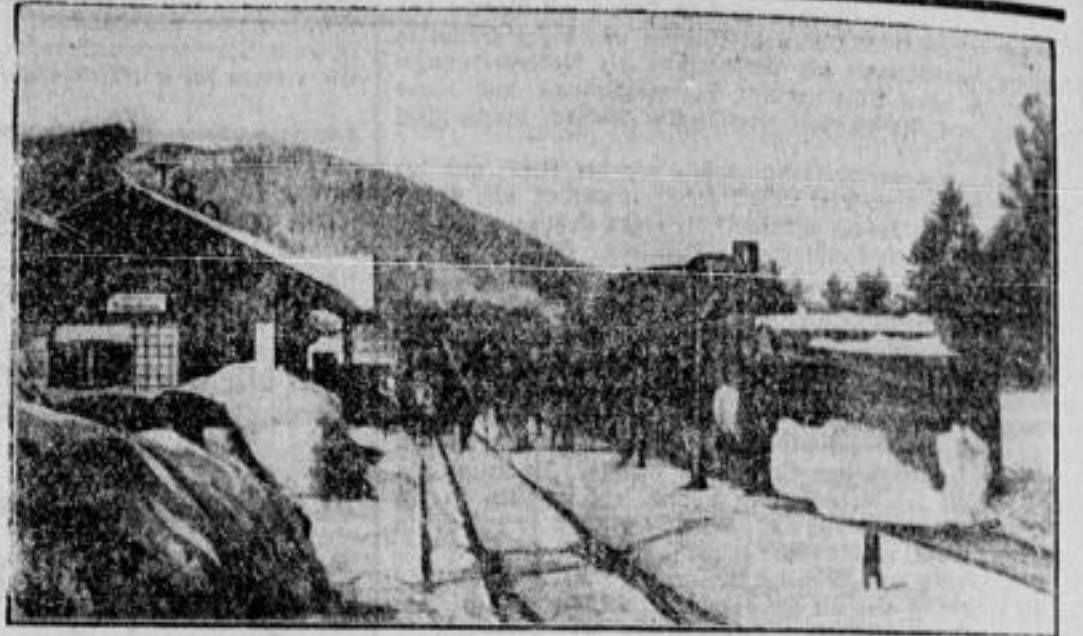
Den letzten Satz muß man, um den verstellten Sinn klar zu

begreifen, noch einmal lesen. Also Hugenberg „sagt es so, als lägen Terrorakte vor, wobei es die Täter auf die Ernte abgesehen haben“. Wer ist nun der oder die Täter? Wer verübt in Ostpreußen Terrorakte? Natürlich die Kommunisten. Also, heißt Hugenbergs Bauer den „Roten Hahn“ aufs Dach. Daß dagegen die Kommunisten sich die ruinierten Kleinbauern in ihrer Verzweiflung keine anderen Ausweg mehr sehen, als das total verfallene Getreide in Flammen ausgehen zu lassen, um nicht zu erleben, daß der Gerichtsvollzieher das Erbe der verfallenen „Hühner“ Hugenberg und seinen Soldatensoldaten von der „Grünen Front“ nicht bekannt zu sein.

Die beispiellos niederträchtige Attentatshefte gegen die Kommunisten ist ja jetzt elend zusammengebrochen. Ein Brand mehr für Hugenberg, eine Brandstiftungshetze zu injizieren. Ob er damit mehr Glück haben wird?

Eine Eisenbahnlinie zu verschenken

Die landschaftlich sehr schön gelegene, 23 Kilometer lange bayerische Gebirgsbahn Ruhpolding—Reit im Winkel soll vom bayerischen Finanzministerium verschenkt werden. Denn obgleich die Tarife das Dreifache der gewöhnlichen Bahntarife betragen, rentiert sich die Linie nicht. Bayern ist sogar bereit, 10.000 Mark jährlich zuzuzahlen, wofür sich der Abnehmer allerdings verpflichten muß, den Betrieb, vor allem für die Wintersportler, aufrechtzuerhalten.



Altstaedt belastet Dente

Sein eigenes Kind fütterte Dr. Altstaedt mit Original-Calmette

Lübeck, 14. Oktober. Der dritte Verhandlungstag im Lübecker Kindermordprozess verläuft ebenso erregt wie die beiden vorhergehenden. Tausend kommt es zu Zusammenstößen zwischen Altstaedt und den empörten Eltern. Als Dr. Altstaedt berichtet, daß er sein eigenes Kind mit dem Calmetteschen Präparat gefüttert habe, springen die Eltern auf und schreien ihm zu: „Ja, aber mit dem Original-Calmette“. Altstaedt räumt daraufhin ein, daß er zur Fütterung seines eigenen, im März dieses Jahres geborenen Kindes tatsächlich das Original-Präparat aus Paris bezogen habe.

Rechtsanwalt Dr. Aren: Wenn Sie Ihr eigenes Kind mit dem Originalpräparat Calmettes aus dem Pasteurinstitut in Paris gefüttert haben, dann muß doch auch die Mög-

lichkeit bestanden haben, vor zwei Jahren, als man das Calmetteverfahren in Lübeck einführt, laufend das Calmettesche Mittel aus dem Pasteurinstitut zu beziehen?

Dr. Altstaedt: Die Möglichkeit dazu bestand durchaus. Nachdem aber Professor Dente sich bereit erklärt hatte, das Mittel im Lübecker Laboratorium fertigsustellen, lag dazu gar keine Veranlassung vor.

Im weiteren Verlauf läßt Altstaedt seinen ehemaligen Vorgesetzten, den Leiter des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck Professor Dente, vollkommen fallen. Er sagte Klipp und Klar, daß für die Herstellung des Calmetteschen Präparates nur Dr. Dente verantwortlich zu machen sei, und daß auch bei Professor Dente die Kontrollierung des fertigen Impfstoffes gelegen habe.

Eisenbahnattentäter Matuska im Verhör

Für diesen frommen Christen schmachteten viele hunderte Arbeiter in Horthys Kerker

Wien, 14. Oktober. Das Verhör Matuskas wurde am Dienstag fortgesetzt. Er hielt sein Teilgeständnis aufrecht und machte weitere Angaben, die jedoch unklar sind. Die Polizei ist in ihren Mitteilungen äußerst zurückhaltend, angeblich, um die Untersuchung nicht zu stören, die jetzt auch auf das Attentat, das in der Nacht zum 31. Januar d. J. bei Ansbach in Niederösterreich erfolgte, ausgedehnt worden ist. Dort waren schwere Schraubstöcke und Schwellen auf den Schienen angebracht worden. Matuska hat in unmittelbarer Nähe des Attentatsortes gewohnt, so daß mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß auch dieser Anschlag auf sein Konto zu buchen ist.

Wie ferner bekannt wird, machte Matuska am Dienstag noch ergänzende Angaben über seinen Berliner Aufenthalt, die allerdings noch überprüft werden müssen. Bei Matuska ist ein Zollirod gefunden worden, der dem Zollirod ähnlich ist, wie man ihn an der Attentatsstelle in Via-Tordaga fand. Als Matuska dieser Zollirod vorgehalten und er darüber befragt wurde, erklärte er, er habe sich einen anderen Zollirod gekauft. Den alten, der ganz ähnlich war, habe er verloren, er wisse aber nicht, wann und wo.

Am Dienstag wurde Matuska auch der bekannte Zettel vorgehalten, der an der Unglücksstelle von Via-Tordaga gefunden wurde. Er erklärte, daß ihm dieser nicht unbekannt sei und daß auch das keine Schrift sein dürfte, er könne sich aber nicht erinnern, diesen Zettel geschrieben zu haben. Sei das doch der Fall, so wäre es ohne Bewußtsein geschehen und der Zettel ihm von dem Unbekannten im „hypnotischen Zustande“ diktiert worden.

Matuska, ein „erwachender Ungar“

Der sozialdemokratische Wiener „Abend“ weiß folgendes zu melden:

„Gestern früh wurde aus Budapest amtlich gemeldet, der Attentäter Matuska sei ein „berühmter Kommunist“. In den Nachmittagsstunden mußte diese Mitteilung widerrufen werden, da es sich herausstellte, daß Matuska nie im Leben Kommunist oder Sozialist gewesen ist, sondern stets tiefreligiöser Katholik, ein Schwärmer für den

Heiligen Antonius, außerdem ein Offizier und ein „Erwachender Ungar“.

Da man aber das Märchen vom „Kommunistenattentat“ noch immer aufrechterhalten wollte, wurde gestern nachmittags ein zweiter amtlicher Bericht der Budapester Polizei ausgegeben und auch von der Wiener Polizei verbreitet. Dieser lautete dahin, daß zwar nicht Matuska selbst, wohl aber sein Bruder ein „berühmter“ Kommunist sei. Auch diese Meldung mußte zurückgezogen werden. Erstens deshalb, weil es gar nicht so sicher ist, daß Matuska überhaupt einen Bruder hat. Leute, die ihn seit seiner Kindheit kennen, wissen nichts von einem Bruder Matuskas.“

Der „Kommunist“ Matuska

Eine ganz besondere Leistung der Polizei Gut-Horthys ist übrigens das Zustandekommen dieser Meldung von dem berühmten Bruder Matuskas. Als man unter den Budapesters Detektivs die Frage erörterte, ob Matuska der Täter sein könnte oder nicht, schlug sich ein Kriminalbeamter auf den Kopf und rief: „Hallo, der Mann hat einen Bruder, einen berühmtesten Kommunisten!“ Der Beamte und ein Polizeiberichterzähler erinnerten sich, daß im August 1919 anlässlich der Befehung Budapests und Umgebung durch die Rumänen in der Stadt Waiken bei Budapest die Rumänen einige zwanzig junge Leute, die ihnen als „Kommunisten“ angezeigt worden waren, auf eine Wiese schleppen und dort über den Haufen schossen. Die Leichen blieben während der Nacht liegen, am nächsten Tage wurden sie in eine Grube geworfen.

Einer der armen Teufel war aber nicht getötet worden und konnte sich in der Dunkelheit der Nacht mit einer lebensgefährlichen Wunde in die Stadt schleppen, wo ihn seine Frau verbergte. Dann gelang es ihm, auf heimlichen Wegen nach Südamerika zu flüchten, wo er noch heute lebt. Dieser Mann soll nun der Bruder Matuskas gewesen sein. Aber die Sache hat zwei Schönheitsfehler: Erstens war auch dieser Mann niemals Kommunist gewesen, zweitens hieß er nicht Matuska, sondern Matejka!

Verantwortlich: Wilhelm Bauer, Berlin.

200 Personen ertrunken

Bei einer Ueberschwemmung in Japan

London, 14. Oktober. In Kyushu in Japan wurden über 1000 Häuser durch hereinbrechende Seen, die von einem schweren Sturm aufgeweht waren, völlig unter Wasser gesetzt. Alle Schiffverbindungen nach Kobe waren abgebrochen. Ein Fischerboot mit zehn Insassen wird vermisst. Der „Chata Mainichi“ zufolge sind infolge von Ueberschwemmungen im Wjke-Bezirk auf der japanischen Hauptinsel Honshu angeblich 200 Menschen ertrunken.

Explosionsunglück in England

Zwei Spinnerinnen getötet — vierzig schwer verletzt

London, 14. Oktober. Durch eine schwere Explosion in der Spinnerei Warrack & Sons bei Leeds wurden zwei Spinnerinnen getötet und 40 Arbeiterinnen zum Teil schwer verletzt. Das Glasdach und die Mauerwände stürzten ein und begruben Dutzende von Arbeitern und Arbeiterinnen unter sich. Das Unglück entstand durch Plagen einer Heberöhungsanlage.

Geheimnisvoller Skelettfund

Einem Mord vor 34 Jahren auf der Spur?

Breslau, 14. Oktober. Im Garten eines Besitzers in Breslau-Groß-Maschwitz wurde ein fast zerfallenes menschliches Skelett gefunden, neben dem ein Messergriff lag.

Über dem Skelett hatte ein 15jähriger Pflaumenbaum gestanden, dessen Wurzeln durch die Rippen und Oberarmknochen des Skeletts gewachsen waren. Die Nachforschungen nach der Person des Toten ergaben, daß in den Jahren 1896 bis 1898 ein gewisser Heinrich Wegehaupt in Groß-Maschwitz hiesigen verschwunden ist. Er wohnte damals bei seinem inwärtigen verschwundenen Bruder, der das dem Fundort benachbarte Grundstück besaß. Möglicherweise handelt es sich bei dem Fund also um die Knochenreste des verschollenen Wegehaupt. Dann läge Mordverdacht nahe. Die Untersuchung ist im Gange.

Deutscher Dampfer aufgelaufen

Wie aus Mexiko gemeldet wird, ist der deutsche Dampfer „Antiochia“ auf der Höhe von Sisal (Yucatan) auf einen Felsen aufgelaufen. Von Yagredo aus ist ein Schlepper zur Hilfeleistung abgegangen.

Im Faltboot allein über den Ozean



Der deutsche Kapitän Engler will in den nächsten Tagen, von Lissabon aus zu einer Transatlantikkfahrt im Faltboot starten. Bekanntlich ist dieses Wagnis schon einmal von dem deutschen Kapitän Romer unternommen worden, der kurz vor seiner Ankunft in Amerika in einen Tornado geriet und umkam.

PROLETARISCHES FEUILLETON

Die Musterrepublik im Dorf

Von Harry Richter

Wortauszug an der Wolga, Anfang Oktober 1931.

Am 19. Oktober begehen die Wolgadeutschen den 13. Jahrestag der Verkündung ihrer nationalen Selbstständigkeit. Es ist der Tag, an dem vor nunmehr 13 Jahren die Sowjetregierung den Deutschen an der Wolga durch einen unter dem Vorsitz Lenins gehaltenen Volkskommissaratsbeschluss die Autonomie gebracht hat, die die Wolgadeutschen bald bis zur selbstständigen Republik ausbauen. Diese 13 Jahre bedeuten für die Wolgadeutschen eine tiefe, beispiellose Umwälzung ihrer gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Das Alte wurde vernichtet, Neues, Besseres an seine Stelle gesetzt. Aus den selbständigen wolgadeutschen Kolonien des Zarismus, die nur Scheinautonomie und Unterdrückung kannten, entstand auf der Grundlage des Sowjetismus und der damit geschaffenen nationalen Freiheit und Selbstständigkeit eine Republik des Fortschritts mit einer blühenden Volkswirtschaft und aufstrebender Kultur. Grandioses ist in diesen dreizehn Jahren von einem ungeheißerlich vorwärtstreibenden Geist, dem Geist der Freiheit und Gerechtigkeit, dem Geist des Sozialismus vollbracht worden:

Es wurde eine umfassende Bildungsarbeit entwickelt, die allgemeinen Schulpflicht ein- und durchgeführt. Die Zahl der Lesenden und Schreibenden stieg von 41 auf 97 Prozent. Es wird das Analphabetentum liquidiert. 33 höhere Schulen, 100 Techniken und drei Hochschulen wurden errichtet. Eben erst ist in Wolfram, der Hauptstadt der Wolgadeutschen Republik, die erste Deutsche Kommunistische Universität eröffnet worden. Maria und Anna kamen in die Steppe; eine eigene Radiostation wurde erbaut. In allen Orten entstanden Kulturhäuser und Bibliotheken. Über 1000 Kinderanstalten nahmen ihre Arbeit auf. Das Volkswesen erlebte einen nie dagewesenen Aufschwung: Die Auflagen der wolgadeutschen Zeitungen steigerten sich um über 600 Prozent.

Als erste von allen Getreideerzeugern der Sowjetunion führte die Wolgadeutsche Republik die Kollektivierung durch. Alle Bauernwirtschaften sind in Kollektivwirtschaften zusammengelagert. Der Mechanisierung der Landwirtschaft dienen 14000 Traktorenstationen mit rund 900 Traktoren und Tausenden von Motorpflügen, Maschinen usw. Die Kubaok-Lage hat mit 1 400 000 Hektar die der Vorkriegszeit längst überstiegen. Die brachliegende Steppe wurde kultiviert. 98,9 Prozent der Ackerflächen werden durch die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften bearbeitet. Der Einzelbauer bestellt nur noch 1,1 Prozent der Ackerflächen. Das Kollektivbauern mit seinen Riesenerträgen entstand.

Die sozialistische Wirtschaftsform hat die Führung übernommen. Zugleich sind die Ernterträge um 12 bis 25 Prozent gestiegen. Bedeutende Erfolge zeigt ferner die Rekonstruktion der wolgadeutschen Wirtschaft, die von Kollektivwirtschaften und Volkswirtschaftlichen Reichhaltigkeiten getragen wird. Allein im letzten Jahr wurden 200 neue Milch- und Schweinefarmen errichtet.

Eine mächtige Industrie ist im Entstehen. Die industrielle Gesamtproduktion konnte gegenüber 1928/29 um nahezu 100 Prozent erweitert werden. Hand in Hand mit der Steigerung der Produktion gehen die Erhöhung der Arbeitsleistung, die Erhöhung der Löhne und die Senkung der Produktionskosten. Die fünfjährige und der siebenjährigen bei vollem Lohnausgleich werden eingeführt. 151 Millionen Rubel neue Kapitalanlagen schenkt die wolgadeutsche Industrie im letzten Jahr. Der fünfjährige Plan läßt immer neue Industriewerte an der Wolga, neue Eisenbahnen, neue Hafenanlagen, neue Wege und Brückenbauten entstehen. Immer enger wird das Elektrizitäts- und Telefonnetz. Es gibt keine Arbeitslosen, dagegen herrscht Arbeitsmangel im wahren Sinne des Wortes. Erweiterung der Volkswirtschaft um 20 Prozent, 17 000 qualifizierte Facharbeiter lauten die Mindestforderungen.

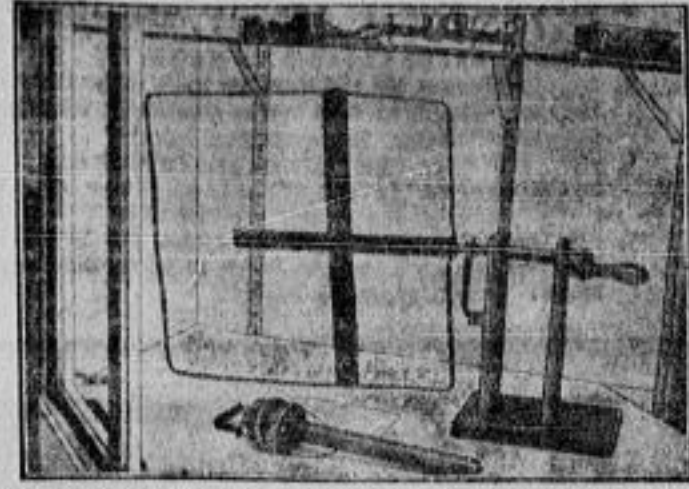
Wichtige Erfolge verzeichnen die Wolgadeutschen in der An-

wendung der neuen Formen der sozialistischen Arbeit, des Strohbrigadentums und des Wettbewerbens. Etwa 40 000 Strohbrigadiere sind gegenwärtig in der wolgadeutschen Landwirtschaft tätig. An der Front der Kulturrevolution kämpfen rund 100 000 Kulturarmierten. In den vordersten Reihen aber kämpfen die Frauen, die sich durch eine wachsende Effektivität auszeichnen. Sie alle weiseln miteinander und auch mit anderen Gebieten des Sowjetbundes, so der Krim, der Tatarrepublik usw., in der Erfüllung und Ueberfüllung ihrer Planaufgaben. Die Planwirtschaft hat alle Zweige der Wirtschaft und Kultur erfasst. Das Staatsbudget der Wolgadeutschen Republik — seit 1926 defizitär — ist in diesen 13 Jahren von 1,2 auf 21 Millionen Rubel gewachsen; der größte Teil der Ausgaben fällt auf die Volksbildung und das Gesundheitswesen.

Alles in allem: Die dreizehn Jahre Sowjetautonomie haben den Wolgadeutschen auf industriellem und landwirtschaftlichem, aber auch auf kulturellem Gebiet bedeutende Errungenschaften gebracht.

Das kulturelle Niveau der merkwürdigen Bevölkerung der deutschen Wolgadeutsche Republik liegt heute ganz bedeutend über dem von 1918 und dem der Vorkriegszeit und ist überdies in ständigem Steigen begriffen. Die Republik der Wolgadeutschen wird mehr und mehr zu einem Zentrum der gesamten kulturell-politischen Kulturarbeiter unter der deutschen Bevölkerung der Sowjetunion. Ein stürmisches Wachstum aber zeigen auch alle Zweige der Volkswirtschaft. Aus einem mehr oder weniger unbedeutenden Randgebiet, hat sich die wolgadeutsche Kätterrepublik zu einem bedeutenden ökonomischen Zentrum des unteren Wolgagaues entwickelt. Ebenbürtig wie die anderen Teile der Sowjetunion, kennt die deutsche Wolgadeutsche Republik eine Wirtschaftspolitik, denn dort finden sich ein wachsender wirtschaftlicher und kultureller Aufschwung. Die Industrialisierung schreitet mit großen Schritten vorwärts. Die Verwandlung der Republik aus einem Agrarstaat in einen Industrie-Agrarstaat, ist eine der nächsten Aufgaben.

Die erste elektrische Kräfteerzeugung



Anlässlich der Faraday-Feiern findet in London eine Ausstellung statt, auf der auch der erste elektrische Generator aus dem Jahre 1814 zu sehen ist.

Es soll in der Republik ein Mittelpunkt für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen und Motoren sowie der Textil- und Nahrungsmittelindustrie entstehen. Dann wird die Industrie in der wolgadeutschen Volkswirtschaft die absolute Vorherrschaft übernehmen.

Die Wolgadeutsche Republik gehört heute zu den fortgeschrittensten Gebieten des Sowjetbundes. Nicht zuletzt ist das der großzügigen Nationalitätenpolitik der Sowjetregierung wie der Kommunistischen Partei zu danken. Die Moskauer Zentralregierung hat in diesen 13 Jahren für die Wolgadeutschen mehr getan, als der Zarismus in den nahezu 200 Jahren des Bestehens der wolgadeutschen Kolonien. Die Wolgadeutsche Republik ist geradezu eine Musterrepublik des sozialistischen Aufbaues, die ständig das Ziel in unzähliger in- und ausländischer Studien- und Delegationsreisen ist. Sie ist zugleich ein Musterbild für die höchste Form nationaler Freiheit und Gleichheit.

Vor dem Mietgericht

Der Richter, ein junger Herr, redet im Ton eines Zeugnisses, der seine Rekruten drückt. Seine beiden Befehlsführer schweigen, nicht nur von Zeit zu Zeit zustimmend, wenn der Herr Richter ihnen vom Stapel läßt.

Der Beklagte ist ein junger Proletarier, seine schwangere Frau hat ein etwa zweijähriges Kind an der Hand. „Herr Richter, ich bin seit zwei Monaten aus der Krisenunterstützung und bin jetzt in der Wohlfahrt. Ein halbes Jahr war ich wegen eines Nervenfiebers in Wittenau. Wir haben zwei Kinder, dies hier ein dreijähriges. Und im November kommt meine Frau wieder nieder. Da muß der Hauswirt es doch einsehen, daß wir die Miete für die letzten drei Monate schuldig bleiben müßten.“

Die Klägerin, jung, gut gekleidet: „Herr Amtsgerichtsrat, mein Mann behauptet, es ist nur böser Wille, daß die Leute nicht zahlen. Ich bin derselben Ansicht. Sie hätten schon lange um Erlass der Hauszinssteuer einkommen können, aber Sie denken gar nicht daran. Und wir, wir müssen darunter leiden. Das kann kein rechtlich denkender Mensch von uns verlangen.“

Der Beklagte: „Ich habe schon eine Eingabe wegen der Hauszinssteuer gemacht, habe keine Antwort darauf bekommen. Sie beträgt 26 Mark, die ganze Forderung 34 Mark. Der Hauswirt

und seine Frau haben meine Frau auf offener Straße wegen der nicht bezahlten Miete beschimpft. Und das in ihrem Zustand. Sie kam ganz verblüht nach Hause.“

Der Richter: „Wegen der Hauszinssteuer müssen Sie's noch mal versuchen, die wird erlassen. Und dann bleiben Sie 34 Mark. Die abzuhalfen, dürfte Ihnen doch nicht so schwer sein.“ (1)

Der Beklagte: „Ich will versuchen, drei Mark monatlich abzugeben. Mehr kann ich nicht abstoßen.“

„Das ist viel zu wenig“, erklärt der Herr Amtsgerichtsrat, „das können Sie der Klägerin nicht zumuten. Sieben Mark wären das mindeste.“

„Herr Amtsgerichtsrat“, flüstert die gnädige Frau, „die Leute zahlen doch nicht, und zu pflanzen ist da nichts.“

Der Richter: „Bei Nichtzahlung können Sie Räumungsantrag stellen.“

„Aber dann sofortigen“, fordert die gnädige Frau.

Der Richter (zum Beklagten): „Wollen Sie auf die monatliche Abzahlung von sieben Mark eingehen?“ Und auf den Einwand: „Wie soll ich das machen?“: „Tut's nicht, wird gleich Räumung festgesetzt.“

„Ich will's versuchen.“

Es wird protokolliert: „Fünf Tage nach Fälligkeit der Raten Räumung.“

Bis dahin Gnadenfrist. F. M.

Resolution

Der Hauptvorstand des Schuhverbandes Deutscher Schriftsteller hat den Massenaufruf von Mitgliedern eingeleitet und bezweckt damit, sich der Opposition zu entziehen.

Die Opposition bekämpft eine Clique in der SDS-Führung, deren reaktionäre Haltung verhandelschädigend wirkt.

Das unwürdige Verhalten dieser Clique in letzter Zeit, besonders in der Frage der Presseverordnung (Zustimmung zum Veröffentlichungswang), hat den seit Jahren bestehenden Konflikt offen ausbrechen lassen. Die Opposition spricht der reaktionären Gruppe innerhalb des SV, das Recht ab, Andersdenkende zu maßregeln, die die materiellen und geistigen Interessen des Schrifttums wirklich vertreten.

Hallo!
Zellen und Ortsgruppenleitung
Wieviel Stimmen
erhielt die K.R.D. bei den letzten Wahlen in eurem Arbeitsgebiet
Wieviel „Rote Wähler“
werdet ihr nach Ablauf des dreimonatigen Verbots von der Anfang Oktober erscheinenden Ausgabe absetzen
Es gilt die Auflage zu verdoppeln!

Vor dem Scheidungsgericht

Die Klägerin ist eine aufgepumpte Kleinbürgerin. „Mein Mann hat die Ehe gelöst“, flüstert sie. „Zuerst ging alles gut, aber dann ging er an, sich für Politik zu interessieren. Mehrere Male in der Woche ging er zu Parteiveranstaltungen. Für das Geld, was ihm die Partei kostet, könnte ich manches haben. Für Kleider für mich hätte er überhaupt keinen Sinn. Es kam soweit mit ihm, daß er mit den Kindern von Politik sprach, sie aufhebe.“

Der Richter: „Politische Betätigung — in Grenzen natürlich, so daß sie nicht zur Zerrüttung der Ehe führt — ist noch kein Scheidungsgrund.“

Die Frau: „Das Schlimmste kommt ja erst. Er hat da ein Mädel kennen gelernt, auch so eine politische, und mit der“, sie lacht sich schamvoll über die Augen, „mit der“, schreiend, „mit der betrügt er mich.“

Der junge Proletarier: „Bon Betrug kann gar keine Rede sein. Ich habe das Mädel gern und will sie heiraten. Natürlich verleihe ich mit ihr.“

„Ja, erlauben Sie mal“, fährt der Richter mit seiner ganzen Würde daraufhin, „so natürlich ist das nun gerade nicht.“

Der Mann: „Ich bin ja mit der Scheidung ganz einverstanden.“

Der Richter unterbricht: „So schnell geht das nicht. Zuerst muß die Ehebruchszugabe vernommen werden.“

Die „Ehebruchszugabe“, ein junges Proletariatsmädel, sagt aus. So wie das Gesetz es zur „Schuldigung“ und damit zur Scheidung braucht.

Dem „Recht“ ist Genüge geschehen. Die Ehe wird gelöst, der Mann hat als schuldiger Teil zeitweilig für den Unterhalt seiner Frau zu sorgen. Er verdient als Arbeiter, der beruflich arbeiten muß, wöchentlich 21 Mark. F. M.

Die Ergebnisse der sowjetischen Arktis-Expedition

In einem Artikel in den „Zawestija“ bespricht Professor Wiele, der Leiter der arktischen Expedition des Eisbrechers „Walagin“, die Ergebnisse derselben und führt dabei aus:

„Die Expedition hat unbedeutend wertvolle Ergebnisse erzielt. Es ist ihr gelungen, an der Südküste der Insel Karl Alexander drei kleine Inseln zu entdecken. Wir stellen auch fest, daß von den zwei auf der Karte vorhandenen Inseln Mikko Hammworth und Artur nur die Insel Artur vorhanden ist. Wir haben demnach nicht allein eine Insel entdeckt, wir haben auch eine Insel „abgebildet“. Die Expedition machte an der Küste von Franz-Josephs-Land zahlreiche Wenderungen. Daraus kommen zahlreiche Tiefenmessungen während der Fahrt in den Strahlen um Franz-Josephs-Land und im nördlichen Teil des Karischen Meeres. Ueber das Barentsische Meer, das Karische Meer und das Meer der Königin Viktoria haben wir ein wichtiges hydrologisches Material gesammelt. Das gesammelte Material erleichtert bedeutend die Fahrt in diesen fernem und vorläufig noch schwer zugänglichen Gewässern. Die Expedition hat sehr interessante Exponate für das Museum des arktischen Instituts, hauptsächlich vom Franz-Josephs-Land, mitgebracht.“ Indem er den Charakter der Reise „Walagins“ schildert, erklärt Professor Wiele:

„Diese Reise war ein vollständig neues Beginnen, das mit den im Ausland angeordneten populären Touristenfahrten nach Spitzbergen nicht zu vergleichen ist. So möge denn diese in der Geschichte der Sowjetarktis erste Touristenreise sowohl in der Wissenschaft als auch in der Literatur zum Ausdruck kommen.“

Verantwortlich: Zilberstein in Moskau, Berlin.

Der kommunistische Amnestieantrag

Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen / Straferlaß für Delikte aus wirtschaftlicher Not

In dem Amnestie-Gesetzentwurf, den die kommunistische Reichstagsfraktion eingebracht hat, wird die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen gefordert, deren Zahl bereits über 6000 beträgt. Außerdem wird Straferlaß gefordert für:

1. alle Handlungen aus politischen Gründen oder aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen, Streiks und Demonstrationen;
2. alle Handlungen, die im Zusammenhang mit politischen Vorkommnissen, Wirtschaftskämpfen, Streiks und Demonstrationen begangen worden sind;
3. alle Handlungen aus wirtschaftlicher Notlage;
4. alle Verhöfe gegen § 218 StGB.
5. alle Handlungen, die mit einer der unter Ziffer 1 bis 4 erwähnten Straftaten oder Vorkommnissen in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang stehen;
6. alle Affekt- und Abwehrhandlungen, wie Meutereien in den Strafanstalten oder Verzweiflungsausbrüchen infolge wirtschaftlicher Notlage;
7. alle strafbaren Handlungen auf Grund des Militärstrafgesetzbuches, auch soweit es sich um die Gerichtsbarkeit der Kriegengerichte handelt.

Der Straferlaß erstreckt sich auch auf Redenstrafen, Sicherungsmassnahmen, rüchständige Geldbußen, sowie Gerichts- und Strafvollzugskosten.

Strafvermerke über die in Absatz 1 und 2 genannten Verurteilungen sind in den Strafregistern von Amts wegen zu tilgen. Der Verurteilte ist von der Tilgung in Kenntnis zu setzen.

Anhängige Verfahren wegen der in § 1 Abs. 1-7 genannten Straftaten werden eingestellt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet, soweit sie sich auf Handlungen beziehen, die bis zur Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen worden sind.

Es gilt nun, den Kampf um diese Forderungen auf der ganzen Linie zu verstärken. Die Brüningregierung hat in ihrer neuen Notverordnung Sondergerichte angekündigt und die Strafbestimmungen gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft ansehnlicher verschärft. Das werttätige Volk verlangt demgegenüber nicht nur Aufhebung der Notverordnungen, sondern fordert die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen und Straferlaß für alle diejenigen, die infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Not sogenannte strafbare Handlungen begangen. Heute haben wir den Zustand, daß für die Kapitalisten, die

mit all ihren Folgen für das werttätige Volk mitemenschlich haben, eine Amnestieerlassen wurde. Unternehmer, die Laufende von Arbeitern aufs Pfahler weisen, werden nicht bestraft. Wenn aber die arbeitslosen Opfer des kapitalistischen Systems ein Urteil werden, fürchtbar ist auch die Not derjenigen, die wegen Verletzung des berüchtigten § 218 ins Gefängnis geworfen wurden.

Dieses Unrecht kann nicht länger schuldig werden. Eine breite Einheitsfront von Angehörigen aller Schichten des werttätigen Volkes muß sich bilden, um den Amnestieentwurf der kommunistischen Partei durchzusetzen. Einmütig muß der Ruf nach Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen sowie derjenigen, die wegen Wirtschaftsverbrechen verurteilt wurden, erhoben werden!

SPD-Betriebsrat kommt zur SPD Durch Streik zur revolutionären Einheit

Am 10. Oktober fand in Herbede (Rheinland) eine Mitgliederversammlung der SPD statt. Von 60 Mitgliedern wurde die 14. anwesend. In der Diskussion meldete sich aus der Gruppe der demokratischen Betriebsrat des Elektrizitätswerkes Westfalen, Schwaner, zum Wort. Er solidarisierte sich mit den Mitgliedern von der SPD zur SPD. Schwaner war bisher Vorsitzender der Ortsgruppe der SPD und Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Herbede.

Mengenweis
sollte man
Wäschestoffe
kaufen,
so billig
stehen sie bei uns
im Preise!

Rohnessel mittelstarkes Baumwollgewebe, ziemlich dichte Sorte, 73/75 cm breit Meter	15	Bettlinon mittelstarke, äußerst haltbare Ware, Bettbreite Mtr. 65 &, Kissenbreite... Meter	35	Handtücher starke, vieljährig erprobte Sorte, gesäumt und geb., 45/100 cm..... Stück 45	30
Hemdenflanell aus guter, reiner Baumwolle, reißfeste, solide Ware, 70 cm breit Meter	28	Stangenleinen hübsche Damaststreifen, dauerhafte, gute Ware, 130cm br, Mtr. 92 &, Kissenbr. Mtr.	57	Bettuch-Daulas ca. 150 cm breit, außerordentlich starke Qualität, für gute Bettücher.. Meter 1,50, 1,40.	110
Hemdenbarchent 73/75 cm breit, wundervolle, äußerst starke Qualitätsware..... Meter 58,	48	Bettdamast herrliche pa. Qualitätsware, wunderschöne Muster, 130 cm br. Mtr. 1,25, Kissenbreite Mtr.	75	Stuhltuch auch Haustuch genannt, weiß, dichtgeschlossene starke Ware f. gute Bettüch., 150 cm br., m	95
Weißer Barchent f. Herren- u. Damen-Wäsche, nur auserprobte, wirkll. gute Ware, ca. 80 cm br., Mtr. 45,	38	M&W-Bettdamast unsre rühm. bek. herrl. Ware, fast unverwüßlich, 130 cm br. Mtr. 1,80, Kissenbreite Meter	110	Barchent-Bettücher wundervolle Qualität, schneeweiß, mit herrlichen bunten Kanten, 140/220 cm.... 3,50.	290
Sportflanell für die beliebten Sporthemden, in wundervoller Winterware, Meter 68, 65,	48	Finette-Barchent erstklassige, dichte, mittel-feine Qualität für Leibwäsche.....Meter 85,	72	Schlafdecken braun u. grau, in schwerer, warm. Winterware, je nach Größe u. Qualit., 2,60, 1,95,	95

MESSOW
& WALDBSCHMIDT
WILSDRUFER STRASSE

Huhn

Junges **Suppenhuhn** Pfd. **1⁰³**
Eignet sich auch zum Braten. Vorrätig in allen Fleischwaren-Verteilungsstellen — in Lebensmittel-Verteilungsstellen erhältlich nur auf Bestellung. Abgabe soweit der Vorrat reicht.

mit Reis

Bruchreis.....Pfund	0.16
Rangoon, Vollreis.....Pfund	0.20
Moumain-Reis, VorlaufPfund	0.24
Patna-ReisPfund	0.32
in Paketen Pfund 0,34, 1/2 Pfund	0.18

oder Nudeln - Makkaroni

Eierschnittnudeln.....Pfund	0.48
Eiermakkaroni.....Pfund	0.50
Hartgrießmakkaroni.....Pfund	0.42

KVVD Abgabe nur an Mitglieder

Konsumverein VORWÄRTS

Briefbogen
Rechnungen
Mitteilungen
Briefumschläge
Geschäfts- und Besuchskarten
Familien-drucksachen

Leben Sie uns bitte in Auftrag
Fordern Sie Angebote und
unser Bestreben wird sein,
Sie als Kunden zu gewinnen

Neudrag

Druckerei-Filiale Dresden
Güterbahnhofstr.2

Den Vertreter der
Arbeiterstimme
verlangt man unter
Nr. 17259

Kleiderrohr, Vertiko, Kom.
Stühle, Sofa, Chaiselongue,
Federbett, Bett, et, Schreibt.
Kleider, Esstisch mit Matr.
Wanduhr, Waschkommode
o. Marmorplatte, Spiegel,
Nachtschrankchen, versch.
Pa. mit 30 St. pl.
u. Eventuell Teilzahlung

Heringssalat
1 Pfund 20 Pfennig

Fischsalat
1/2 Pfund 25 Pfennig

Jeden Freitag:
frisch geräucherter
Lachsfilet
stück 18 Pfennig

Jeden Sonnabend:
frisch marinierte
heringe
stück 20 Pfennig

7% Rückvergütung!
R. Küper, Freitag 2

Werbt neue Abonnenten!

Freitag erhalte ich neue Sendung blutfrisch.
Seefische
direkt vom Fangplatz in Eispackung
empfiehlt billigst
Arthur Hahnefeld, Meissen
Seefischhandlung.....Lutherstraße 8

Chemische Reinigung

Kleiderfärberei, Großwäscherei
W. Kelling
Dresden • Filialen überall

Jetzt FREITAG SPAR-ANGEBOT

benötigen Sie

Schlafdecken

130x180cm

3-50

TUETZ
H F R M A N N

mollig, warm, leicht
in mod. Karomustern.